



dokumente\*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

NR. 03/11



# Tschernobyl, Fukushima und die Folgen

Parlamentarisches Gedenken anlässlich des 25. Jahrestages der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl

April 2011

## **IMPRESSUM**

**HERAUSGEBERIN:** FRAKTION DER SPD IM DEUTSCHEN BUNDESTAG  
PETRA ERNSTBERGER MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

**REDAKTION:** BÜRO DES BUNDESTAGSABGEORDNETEN OLIVER KACZMAREK  
**GESTALTUNG:** ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

**TELEFON:** (030) 227-571 33  
**TELEFAX:** (030) 227-568 00

[WWW.SPDFRAKTION.DE](http://WWW.SPDFRAKTION.DE)

ERSCHIENEN IM AUGUST 2011

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

## Inhaltsverzeichnis

---

- 05 **I. Vorwort**  
Dr. Frank Walter Steinmeier MdB, SPD-Bundestagsfraktion und  
Oliver Kaczmarek MdB
- 07 **II. Zeitzeugengespräch der deutsch-belarussischen und  
deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe**
- 09 **III. Zusammenfassung der Debatte im Plenum des  
Deutschen Bundestages am 8. April 2011**
- 12 **IV. Zusammenfassung der Sitzung des Umweltausschusses des  
Deutschen Bundestages am 13. April 2011**
- 13 **V. „Menschen – Orte – Solidarität“ - Die Wanderausstellung  
des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks**
- 15 **VI. Anhang**
- a. Antrag der SPD-Bundestagsfraktion**  
Tschernobyl mahnt – Für eine zukunftssichere Energieversorgung  
ohne Atomkraft und eine lebendige europäische Erinnerungskultur
- b. Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion am 13. April 2011**  
**Tschernobyl mahnt.**  
**25 Jahre nach dem Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl.**  
– Abschrift



# I. Vorwort

Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB, Vorsitzender der  
SPD-Bundestagsfraktion und Oliver Kaczmarek MdB

- Tschernobyl mahnt Japan bestätigt –



**Sehr geehrte Damen und Herren,**

Vor 25 Jahren, am 26. April 1986, ereignete sich in Tschernobyl die bisher schwerste Reaktorkatastrophe aller Zeiten. Die Folgen des Super-GAUs waren und sind für die Menschen in Belarus und der Ukraine noch immer verheerend.

Die schlimmen Folgen schienen in der internationalen und nationalen Politik in Vergessenheit geraten zu sein. Niemand konnte ahnen, dass der Jahrestag von Tschernobyl auf so tragische Art durch die Reaktor-Katastrophe in Fukushima an Aktualität gewinnen würde. Es sind erschreckende Bilder, die einen nicht mehr loslassen und konkret vor Augen führen, dass die Auswirkungen eines Reaktorunfalls nicht beherrschbar sind.

Bereits im Jahr des Unglücks von Tschernobyl, auf ihrem Parteitag 1986 in Nürnberg, bezog die SPD Stellung für eine „sichere Energieversorgung ohne Atomkraft“ und eine „Änderung des Atomgesetzes mit dem Ziel der Stilllegung aller Atomkraftwerke“. Die Forderung ist heute so aktuell wie damals. Wir brauchen sichere und saubere Zukunftstechnologien für künftige Generationen und keine jahrzehntealte Risikotechnologie und es ist ein Verdienst der Anti-Atomkraft-Bewegung sowie der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung von Gerhard Schröder, dass es heute endlich ein Gesetz gibt, dass nahezu im Konsens der im Bundestag vertretenen Parteien den endgültigen Atomausstieg in Deutschland festschreibt.

Viele Menschen befürchten, dass die Ereignisse in Japan schon bald nur eine Episode sein werden, dass ein Verdrängungsprozess einsetzen wird. Doch es darf kein Vergessen geben, nicht für Fukushima und nicht für Tschernobyl. Die Erinnerung an die Opfer der Katastrophe muss aufrechterhalten werden. Hunderte von Initiativen in Deutschland und der Europäischen Union versuchen, zum Teil seit 25 Jahren, die Leiden der Opfer von Tschernobyl durch Spenden und Hilfsaktionen zu mildern. Ihre Arbeit ist beispielhaft für ein bürgerschaftliches humanitäres Engagement, ohne das die Opfer der Katastrophe weitgehend alleine gelassen wären.

Die Tschernobyl-Initiativen und Vereine haben die Fraktionen des Deutschen Bundestages gebeten, eine politische Debatte anlässlich des 25. Jahrestages zu ermöglichen. Die SPD-Fraktion hat dieses Anliegen aufgegriffen und weitere Veranstaltungen und Aktivitäten zum Jahrestag im Deutschen Bundestag durchgeführt.

Diese Dokumentation soll ein Beitrag zur Schaffung einer lebendigen Erinnerungskultur zum Leben mit Tschernobyl sein.



Dr. Frank-Walter Steinmeier



Oliver Kaczmarek

## II. Zeitzeugengespräch

mit der deutsch-belarussischen und deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe am 07. April 2011 im Deutschen Bundestag



*Uta Zapf auf dem Podium der Veranstaltung „Tschernobyl mahnt“*



*Dr. Bärbel Kofler MdB in der Ukraine vor dem Tschernobyl Mahnmal*

Anlässlich des 25. Jahrestages der Katastrophe von Tschernobyl luden die Vorsitzende der deutsch-belarussischen Parlamentariergruppe, die Bundestagsabgeordnete Uta Zapf, und die Vorsitzende der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe, die Bundestagsabgeordnete Dr. Bärbel Kofler, zu einem Zeitzeugengespräch ein. Durch die Explosion kam es 1986 zur massiven Freisetzung von Radioaktivität. In ganz Europa wurden mehr als 200.000 Quadratkilometer Fläche kontaminiert. Belarus, die Ukraine und Russland waren am stärksten betroffen. Hier wurde eine Fläche von 150.000 Quadratkilometer radioaktiv belastet. Zum Zeitpunkt der Katastrophe lebten dort 7,2 Millionen Menschen. 70 Prozent des Fallouts gingen alleine in Belarus nieder.

Eine der Zeitzeugen war die ukrainische Ärztin Dr. Angelina Nyagu. Frau Nyagu konnte den Abgeordneten nicht nur berichten, wie sie die Katastrophe vor 25 Jahren selbst erlebt hat, sondern speziell als Ärztin konnte sie ebenfalls sehr fundiert die gesundheitlichen Folgen der Strahlung darlegen. Frau Dr. Nyagu leitete die nationalen Forschungsprogramme zur Minimierung der gesundheitlichen Folgen der Tschernobyl Katastrophe in der Ukraine. Und sie ist Präsidentin des internationalen Vereins „Ärzte von Tschernobyl“, der sich 1990 als unabhängig humanitäre Organisation in der Ukraine gegründet hat. In dem Gespräch führte sich vor Augen, dass mehr als 9 Millionen Menschen in drei Ländern langfristig gesundheitlich geschädigt wurden. 2 Millionen Menschen leben heute noch in dem strahlenbelasteten Gebiet.

Der zweite Zeitzeuge war Wladimir Sednjow. Er ist Fernwärmeelektroniker aus Belarus und musste vor 25 Jahren als sogenannter Liquidator nach Tschernobyl. So wie er waren über 600.000 Menschen unmittelbar am Reaktor und in den umliegenden hochverstrahlten Gebieten im Einsatz, um den Reaktorbrand zu bekämpfen. Wladimir Sednjow beschreibt den Abgeordneten sehr eindrücklich wie die konkrete Situation vor Ort war, wie er und seine Kolleginnen und Kollegen im unklaren gelassen wurden, was das Risiko der Strahlung betrifft und was es für ein Bild war all diese Menschen in Schutzanzügen vor einem rauchenden Reaktor zu sehen. Unermüdlich wurde in 12 Stunden Schichten gearbeitet, ohne Rücksicht auf die gesundheitlichen Folgen. Wladimir Sednjow weiß bis heute nicht wie viel Strahlung er aufgenommen hat. Viele seiner ehemaligen Kolleginnen und Kollegen sind an Krebs erkrankt und bereits gestorben. Irgendwie wartet man jeden Tag darauf wann es einen selbst treffe, so Wladimir Sednjow.

Zum Ende ihrer Darstellungen appellierten beide Zeitzeugen an die anwesenden Parlamentarier den Ausstieg aus der Atomenergie umzusetzen. Beide berichteten, dass sie aktuell mit Schrecken nach Japan blicken und hoffen, dass die Menschheit endlich die Konsequenzen aus Tschernobyl und nun auch aus Fukushima zieht.

Abgerundet haben das Gespräch Vertreterinnen und Vertreter von Tschernobyl-Initiativen, die sich zum Teil seit 25 Jahren für die Opfer der Katastrophe einsetzen. So stellte Peter Junge-Wentrup, Geschäftsführer des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks in Dortmund das Projekt „Tschernobyl erinnern – Zukunft gestalten“ vor. Im Rahmen dieses Projekts wurde bereits eine Wanderausstellung konzipiert, die in über 40 Städten in Deutschland zu sehen sein wird. Das IBB plant außerdem eine Geschichtswerkstatt in Belarus und den Bau eines Passivenergiehauses als „Kompetenzzentrum für Energieeffizienz und erneuerbare Energien“ in Minsk.



## III. Zusammenfassung

### der Debatte im Plenum des Deutschen Bundestages am 8. April 2011



*Marco Bülow MdB, redet für die SPD-Bundestagsfraktion in der Debatte „Lehren aus Tschernobyl“.  
Quelle: Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde*

Den 25. Jahrestag der Katastrophe in Tschernobyl am 26. April 2011 nahm der Bundestag am Freitag, 8. April 2011, zum Anlass, um zurückzublicken und gleichzeitig vor dem Hintergrund des Atomunfalls in Japan die energiepolitische Zukunft in Deutschland zu debattieren. Unter der Überschrift „Lehren aus Tschernobyl“ berieten die Parlamentarier über Anträge der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Linksfraktion. Alle drei Anträge wurden mit den Stimmen der schwarz-gelben Koalition abgelehnt.

Während der Debatte bemühten sich die Redner weitgehend um einen besonnenen Ton und würdigten die Opfer der Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima, schlugen allerdings ebenso den Bogen zur aktuellen Atomdebatte. Alle Anträge der Oppositionsfraktionen mahnen, die Lehren aus den Ereignissen in Tschernobyl, die durch die Katastrophe in Fukushima so dramatische Aktualität zurückgewannen, nicht zu vergessen.

Auch FDP sowie CDU/CSU sprachen sich für einen schnelleren Ausstieg als geplant aus, warnten jedoch vor einem Umbau des Energiesystems „Hals über Kopf“. Der SPD, den Grünen und den Linken

geht es dagegen um die Entwicklung rascher Ausstiegsszenarios sowie den umfassenden Ausbau der Erneuerbaren Energien. Während die Grünen von einer „historischen Fehlentscheidung“ im Hinblick auf die schwarz-gelbe Rückkehr zur Atomkraft sprachen, forderte die Linke die Verankerung eines Verbots für die Nutzung der Atomenergie im Grundgesetz.

Der Debattenbeitrag der SPD-Bundestagsfraktion stellte die Glaubwürdigkeit der Regierung in der Atomdebatte grundsätzlich in Frage und prangerte die Entmündigung des Parlaments durch die Einsetzung einer nicht-legitimierten Ethik-Kommission an. Der Antrag der SPD-Fraktion (den ausführlichen Text finden Sie im Anhang) geht jedoch über die reine deutsche Perspektive des Themas hinaus, indem er auf die Bedeutung einer Erinnerungskultur hinweist. Diese gilt es zu schaffen, um die Opfer der Katastrophe von Tschernobyl nicht zu vergessen und Belarus und die Ukraine auch heute, mit einer Perspektive für die Zukunft, beim Aufbau zivilgesellschaftlicher und ökologischer Strukturen zu unterstützen. Die Einrichtung einer „Geschichtswerkstatt Tschernobyl“ in Kiew wäre hier ein erster Schritt.

(Quelle:

[http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/34035274\\_kw14\\_sp\\_tschernobyl/index.html](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/34035274_kw14_sp_tschernobyl/index.html))

## IV. Zusammenfassung

### der Sitzung des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages am 13. April 2011

„Die Folgen sind bis heute nicht überwunden“, sagte Wolodimir Usatenko, Tschernobyl-Liquidator und ehemaliger Abgeordneter des ukrainischen Parlaments am Mittwoch, 13. April 2011, im Umweltausschuss des Bundestages. Der Ausschuss hatte elf Sachverständige zu einer öffentlichen Anhörung mit dem Titel „25 Jahre Tschernobyl“ eingeladen; darunter z.B. Dr. Angelika Claußen vom Verein „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung“ (IPPNW e.V.), Peter Junge-Wentrup, Geschäftsführer des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks (IBB) Dortmund, Dr. Hartmuth Teske, Abteilungsleiter der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit und Prof. Dr. Edmund Lengfelder vom Otto Hug Strahleninstitut (MHM).

Die Kosten für die betroffenen Ländern sind nach wie vor immens – sowohl Frau Zarudna als auch Peter Dettmar, deutscher Gesandter in Weißrussland, wiesen auf die hohen Folgekosten für die nicht gerade reichen Länder hin. In Belarus rechne man bis zum Jahr 2015 mit einem volkswirtschaftlichen Schaden von insgesamt rund 200 Milliarden US-Dollar. Die Botschafterin der Ukraine in Deutschland, Natalia Zarudna, sagte, dass die Ukraine bisher Kosten von rund zwölf Milliarden US-Dollar habe schultern müssen. Sie dankte den mehr als tausend Deutschen, die mit ihrer Hilfe die Ukraine „nicht alleingelassen“ hätten. Wichtig sei, so Dettmar, dass die internationale Hilfe ankomme, aber auch angenommen werde.

Eine traurige Bilanz zog die Ärztin Dr. Angelika Claußen. Mehr als 100.000 Menschen seien an den Folgen der Reaktorkatastrophe gestorben, darunter viele Helfer. Die meisten seien keiner Krebserkrankung erlegen, sondern an Infarkten, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Schlaganfällen oder ähnlichem gestorben. Besorgt äußerte sie sich über die hohen Zahlen von Kinderlosigkeit sowie Fehl- und Totgeburten. Sie forderte von der Weltgesundheitsorganisation (WHO), ein umstrittenes Abkommen mit der Internationalen Atomenergie-Organisation zu kündigen, in dem die WHO sich verpflichtet, die Internationale Atomenergie-Organisation zu konsultieren, bevor sie Forschungen zu Folgen radioaktiver Strahlung einleitet. Hauptzweck der Atomenergie-Organisation sei es jedoch, die Nutzung der Atomenergie zu fördern.

Peter Junge-Wentrup vom Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund informierte den Umweltausschuss über die Betreuung von Kindern aus dem Gebiet um Tschernobyl in europäischen Gastfamilien. Allein in Deutschland gebe es 500 Initiativen, die Kinder aus der Ukraine und Weißrussland betreuen. Auch in anderen europäischen Ländern gebe es Organisationen dieser Art. Mehr als eine Million kleiner Gäste seien bereits in verschiedenen europäischen Familien betreut worden. Diese Urlaube würden in den Ländern auch den Blick auf Westdeutschland verändern. Junge-Wentrup sieht darin einen Beitrag zur Völkerverständigung.

(Quelle:

[http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/34062739\\_kw15\\_pa\\_umwelt/index.html](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/34062739_kw15_pa_umwelt/index.html))

# V. „Menschen – Orte – Solidarität“

## Die Wanderausstellung des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks

Zum 25. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe hat das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk (IBB) eine Wanderausstellung konzipiert.

Das IBB mit Sitz in Dortmund organisiert seit mehr als 20 Jahren eindrucksvolle Fahrten, anspruchsvolle Schülerbegegnungen, interkulturelle Trainings und internationale Konferenzen. Ein Schwerpunkt der Arbeit sind die Beziehungen zu Belarus. Das IBB betreibt die Internationale Bildungs- und Begegnungsstätte »Johannes Rau« in Minsk sowie die Geschichtswerkstatt Minsk und es betreut und begleitet das Förderprogramm Belarus.

Gegen das Vergessen und Verdrängen richtet sich die Wander-Ausstellung „25 Jahre nach Tschernobyl - Menschen – Orte – Solidarität“, die seit Januar 2011 erfolgreich unterwegs ist in Deutschland, Österreich und in den Niederlanden: Bis zum Jahrestag Ende April haben bereits mehr als 35 000 Menschen die Ausstellung gesehen und rund 750 Gespräche mit Zeitzeugen geführt. Aufgrund der großen Nachfrage wird die Ausstellung bis Herbst 2011 unterwegs sein und in rund 50 Städten gezeigt. Möglich wird der logistische Kraftakt durch die Unterstützung durch Trägerkreise, die sich an den Ausstellungsorten aus rund 250 Initiativen, Vereinen und kirchlichen Gruppierungen gegründet haben. Die Ausstellung präsentiert biografische Erinnerungen von Liquidatoren und Umsiedlern, die Geschichte der ausgelöschten Orte und die engagierte Arbeit der europaweiten Solidaritätsbewegung. Zeitzeugen aus der Ukraine und Belarus berichten über ihre Erfahrungen.

Auch viele Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion haben die Wanderausstellung in ihre Wahlkreise geholt, aktiv als Mitglieder in den Trägerkreisen mitgearbeitet, Vorträge gehalten und selbst Führungen durchgeführt.

→ Fotos siehe Folgeseite

**Hagen**

16.01.2011 – 21.01.2011

*René Röspel MdB als Gastredner auf der Ausstellung***Münster**

13.03.2011 – 18.03.2011

*Christoph Strässer MdB besucht einen Vortrag im Rahmen der Ausstellung***Kamen**

30.04.2011 – 06.05.2011

*Oliver Kaczmarek MdB mit einer Schulklasse, die er durch die Ausstellung führt*

## VI. Anhang

a) Tschernobyl mahnt – Für eine zukunftssichere Energieversorgung ohne Atomkraft und eine lebendige europäische Erinnerungskultur

Antrag der SPD-Bundestagsfraktion

b) Tschernobyl mahnt. 25 Jahre nach dem Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl.

Eine Konferenz der SPD-Bundestagfraktion am 13. April 2011 – Abschrift

## **Antrag**

**der Fraktion der SPD**

### **Tschernobyl mahnt – Für eine zukunftssichere Energieversorgung ohne Atomkraft und eine lebendige europäische Erinnerungskultur**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Vor 25 Jahren, am 26. April 1986, ereignete sich in Tschernobyl die bisher schwerste Reaktorkatastrophe aller Zeiten. Die Folgen des Super-GAU waren und sind noch immer verheerend:

Durch die Explosion kam es zur massiven Freisetzung von Radioaktivität. In ganz Europa wurden mehr als 200 000 Quadratkilometer Fläche kontaminiert. Belarus, die Ukraine und Russland waren am stärksten betroffen. Hier wurde eine Fläche von 150 000 Quadratkilometer radioaktiv belastet. Zum Zeitpunkt der Katastrophe lebten dort 7,2 Millionen Menschen. 70 Prozent des Fallouts gingen alleine in Belarus nieder. Mehrere Hunderttausend Menschen verloren ihre Heimat.

Die Zahl der Toten ist immer noch nicht endgültig ermittelt; Schätzungen reichen bis zu 100 000. Die Zahl der Opfer bleibt umstritten, da es sich bei Gesundheitsbeeinträchtigungen durch radioaktive Strahlung um Langzeitschädigungen handelt, die erst nach und nach auftreten. Ein kausaler Zusammenhang zum Reaktorunglück ist daher in vielen Einzelfällen nicht eindeutig nachweisbar und damit offen für interessengeleitete Auslegungen. Umweltorganisationen, unabhängige Tschernobyl-Experten und Tschernobyl-Hilfsorganisationen gehen bei ihren Schätzungen von weit höheren Opferzahlen als die Vereinten Nationen aus.

Heute leben in den radioaktiv belasteten Gebieten immer noch mehrere Millionen Menschen. Hunderttausende, vor allem Kinder leiden weiterhin an den gesundheitlichen Folgen und werden noch viele Jahre und Jahrzehnte daran zu tragen haben. Über 600 000 Menschen waren unmittelbar am Reaktor und in den umliegenden hochverstrahlten Gebieten im Einsatz, um den Reaktorbrand zu bekämpfen, sie werden als Liquidatoren bezeichnet. Die meisten kannten die Höhe ihrer Strahlendosis nicht. Viele dieser heute vergessenen Retter Europas sind verstorben, die überwiegende Mehrzahl leidet an strahlenbedingten Krankheiten. Tschernobyl hatte nicht nur gravierende umwelt- und gesundheitsschädliche Folgen, sondern hat auch im sozialen und psychologischen Bereich Spuren hinterlassen. Allein die wirtschaftlichen Folgekosten von Tschernobyl werden auf mehrere 100 Mrd. US-Dollar geschätzt.

Die schlimmen Folgen des Super-GAU von Tschernobyl schienen in der internationalen und nationalen Politik in Vergessenheit geraten zu sein. Niemand konnte wirklich ahnen, dass der Jahrestag der Reaktorkatastrophe auf so tragische Art durch die Ereignisse in Japan an Aktualität gewinnen würde. Die

Katastrophe in der japanischen Atomanlage Fukushima I hat erneut bewiesen, dass Atomenergie nicht beherrschbar ist. Jetzt geht es darum, Konsequenzen zu ziehen. Allerdings gibt es bereits viele nicht unberechtigte Stimmen, die befürchten, dass auch die Ereignisse von Japan zu einer Episode werden und schon bald ein Verdrängungsprozess einsetzen wird. Es besteht der Verdacht, dass Wahlkampfaktik der eigentliche Motor für die kurzfristigen Handlungen der Bundesregierung war und bald wieder wirtschaftliche Belange vor Sicherheitsinteressen rücken. Es darf aber keinen erneuten Prozess des Vergessens geben, nicht für Japan und nicht für Tschernobyl. Die Erinnerung an die Opfer der Katastrophe muss aufrechterhalten werden. Hunderte von bürgerschaftlichen Initiativen in Deutschland versuchen, zum Teil seit 25 Jahren, die Leiden der Opfer von Tschernobyl durch Spenden und Hilfsaktionen zu mildern. Ihre Arbeit ist beispielhaft für ein bürgerschaftliches humanitäres Engagement, ohne das die Opfer der Katastrophe weitgehend alleingelassen wären. Diese Arbeit verdient höchste Anerkennung und Unterstützung.

Erinnerung ist wichtig. Eine zukunftsfähige Gesellschaft muss zeigen, dass sie lernfähig ist. Es ist vermessen, zu glauben die Natur oder die Atomenergie seien in Deutschland grundsätzlich besser beherrschbar. Die Formel muss lauten: Das „Restrisiko“ einer nuklearen Katastrophe kann, auch mit den höchsten Sicherheitsvorkehrungen, nicht ausgeschlossen werden. Dazu gehört es anzuerkennen, dass auch deutsche Atomkraftwerke nicht störungsfrei laufen und dass Reaktoren altern. Sie wurden für eine Laufzeit von 25 und nicht von 40 oder 60 Jahren konzipiert. Bei der Nutzung der Atomenergie kann es deshalb keine Sicherheit geben. Wir müssen daher so schnell wie möglich und konsequent den Weg in eine sichere und effiziente Energieversorgung ohne Atomkraft auf der Grundlage erneuerbarer Energien nutzen. Es muss alles daran gesetzt werden, dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen.

- Für eine sichere und zukunftsfähige Energieversorgung ohne Atomkraft

Tschernobyl hätte einen Epochenwechsel einläuten müssen. Bei vielen Menschen hat der Super-GAU tatsächlich ein Umdenken ausgelöst. Die Bewegung gegen die Atomkraft hat dazu geführt, dass sich auch Parteien davon abgewandt haben und im Jahr 2000 mit breiter Unterstützung in der Bevölkerung der rot-grüne Atomkonsens umgesetzt wurde. Dieser Konsens war ein Kompromiss, der auch von Seiten der Unternehmen, die in Deutschland Atomkraftwerke betreiben, mitgetragen wurde und bis 2020/2021 umgesetzt werden sollte. Gleichzeitig wurde mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz eine Grundlage geschaffen, die einen beispiellosen Ausbau der erneuerbaren Energien möglich machte.

2010 kam es dann zu einer Kehrtwende in der Energiepolitik, in deren Mittelpunkt die Laufzeitverlängerung aller deutschen Atomkraftwerke stand. Zu diesem Zeitpunkt schienen die Lehren aus Tschernobyl vergessen. Eine Debatte über die Risiken von Atomenergie bzw. die Sicherheit der Atomkraftwerke fand bei den Befürwortern der Laufzeitverlängerung nicht mehr statt. Im Gegenteil, es wurde versucht, eine solche Debatte, bei der das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung im Mittelpunkt stehen, weitgehend zu ignorieren. Die Ängste der Menschen wurden schlichtweg nicht ernst genommen. Dabei muss gerade bei einem solch sensiblen Thema wie der Atomenergie offen über Sicherheitsfragen gesprochen werden – es muss absolute Transparenz herrschen.

Leider hat erst ein so tragisches Ereignis wie die nukleare Katastrophe in der japanischen Atomanlage Fukushima I das Thema Sicherheit von Atomkraftwerken wieder in den Mittelpunkt gerückt. Ein Vergessen und Verdrängen wie nach Tschernobyl darf nicht ein zweites Mal zu einer Bedrohung für die Menschen führen. Die Risiken der Atomenergie sind seit dem nicht geringer geworden. Im Gegenteil, in den meisten Ländern, die Atomenergie nutzen, ist der



Atomkraftwerkspark seitdem stark gealtert und damit deutlich störanfälliger geworden. Es ist unsere Verpflichtung, daraus Konsequenzen zu ziehen, die ein späteres Zurück zur Atomenergie nicht mehr erlauben.

Die Hochrisikotechnologie der Atomkraft ist daher auch global in Zukunft keine Lösung der Energieversorgungsfrage. Wir müssen schon heute auf saubere und risikoärmere Alternativen setzen. Es müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Nutzung der Atomkraft so schnell wie möglich zu beenden. Von Deutschland kann der entscheidende Impuls ausgehen, der zeigt, dass eine Industriegesellschaft ohne Atomkraft erfolgreich sein kann. Der beeindruckende Erfolg der Maßnahmen der rot-grünen Bundesregierung zum Ausbau erneuerbarer Energien zeigt, dass dies möglich ist und konsequent weiter verfolgt werden muss. Die Rücknahme bzw. Reduzierung förderlicher Maßnahmen in den letzten eineinhalb Jahren durch die schwarz-gelbe Bundesregierung war ein energiepolitischer Fehler, der korrigiert werden muss.

- Für eine lebendige europäische Erinnerungskultur

Als Reaktion auf die Katastrophe von Tschernobyl 1986 entstand eine außergewöhnliche europäische Solidaritätsbewegung. Unzählige Menschen engagieren sich bis heute ehrenamtlich und haben zahlreiche Vereine, Verbände und Initiativen gegründet. Mitte der 90er-Jahre gab es in Deutschland etwa 1 000 private Initiativen, die überwiegend aus der Anti-AKW-Bewegung oder der kirchlichen Versöhnungsarbeit stammten. Und auch heute, 25 Jahre nach dem Reaktorunfall, sind immer noch mehrere hundert Initiativen aktiv. Die Arbeit dieser Menschen verdient höchste gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung.

25 Jahre nach dem Störfall sehen sich die Tschernobyl-Initiativen mit Problemen konfrontiert. Mangelnder Nachwuchs und ein allgemein geringeres Spendenaufkommen sind nur zwei davon. Noch schwerwiegender sind die Schwierigkeiten für ihre Arbeit in Belarus durch die dortige Regierung. Das Regime von Alexander Lukaschenko behindert die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen durch bürokratische Hindernisse, besonders bei der Vergabe von Visa.

Vor diesem Hintergrund erwächst die Aufgabe für Deutschland und die Europäische Union zu handeln und gemeinsam mit den humanitären Organisationen einen Beitrag zur Schaffung einer europäischen Erinnerungskultur an die Katastrophe von Tschernobyl zu leisten. Hier müssen Deutschland und Europa Verantwortung und Solidarität zeigen und zwar langfristig, denn auch die zukünftigen Generationen der Menschen, die in den immer noch verseuchten Gebieten leben, werden betroffen sein. Dazu bedarf es der Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Vereine und Verbände zum Aufbau einer Geschichtswerkstatt vor Ort durch Politik und Gesellschaft, eines intensiven europäischen Jugendaustausches mit der Ukraine und Belarus, um die zukünftigen Generationen mit einzubinden, und nicht zuletzt sollte Deutschland das Interesse an der Einführung von erneuerbaren Energien in Belarus und der Ukraine unterstützen.

Unabhängig von unterschiedlichen Interpretationen über das Ausmaß der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl spricht der Deutsche Bundestag allen Opfern, die auch 25 Jahre nach der Katastrophe noch immer unter den Folgen leiden, sein tiefes Mitgefühl aus und dankt allen ehrenamtlichen Organisationen, die sich weiterhin in Tschernobyl engagieren.

Der Bundestag stellt fest, dass die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und die aktuellen Unglücksfälle in Japan beweisen, dass Atomenergie nicht sicher ist, und deshalb so schnell wie möglich und konsequent das Ziel einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft auf der Grundlage erneuerbarer Energien umgesetzt werden muss.



## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- das Förderprogramm Belarus „Grenzen überwinden“ über die laufende Phase (Ende 2011) weiterzuführen. Das Netzwerk der Tschernobyl-Initiativen hat sich zu einer verlässlichen Basis für die Stärkung der Zivilgesellschaft in den betroffenen Ländern entwickelt. Gerade Belarus braucht vor dem Hintergrund der politischen Ereignisse des letzten Jahres eine starke Zivilgesellschaft. Wichtig für die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Ukraine ist die Stärkung und Förderung der zivilgesellschaftlichen Arbeit vieler ukrainischer Organisationen und Verbände;
- die Einrichtung einer „Geschichtswerkstatt Tschernobyl“ in Kiew zu unterstützen. Es braucht heute mehr denn je ein Lernen aus der Geschichte, damit die Lehren der Katastrophe nicht in Vergessenheit geraten. Die Geschichtswerkstatt soll ein Treffpunkt für Zeitzeugen in Belarus sein und ihre Biographien dokumentieren, den Ausgangspunkt für ein Lernen an historischen Orten bilden und Forschungsprojekte zu Tschernobyl anregen;
- die Idee eines Jugendaustausches nach dem Vorbild europäischer Jugendwerke zu prüfen und zu unterstützen. Dieses Austauschprogramm soll besonders den Kindern und Jugendlichen zugutekommen, die heute noch in den radioaktiv belasteten Regionen leben. Viele der Initiativen, die seit Jahren diese Austauschprogramme tragen, bekämen damit eine finanzielle Unterstützung, um das ehrenamtliche Engagement fortsetzen zu können. Ein solches Programm hätte über die Hilfe für die betroffenen Jugendlichen hinaus eine große gesellschaftspolitische Wirkung: Der Jugend würde vermittelt, dass sie in Europa willkommen ist;
- auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene Druck auf die belarussische Regierung auszuüben, damit die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für die Opfer der Tschernobyl-Katastrophe einsetzen, erleichtert wird. Dies beinhaltet unter anderem die Forderung nach einer transparenten und unbürokratischeren Visa-Vergabe für die Helferinnen und Helfer aus dem Ausland, aber auch für die Menschen vor Ort;
- im Dialog mit der ukrainischen Regierung darauf hinzuwirken, dass die Gefahren, die noch immer von der Reaktor-Ruine ausgehen, möglichst rasch beseitigt werden. Dies schließt auch die sichere Endlagerung des radioaktiven Materials aus dem Unglücksreaktor ein. Dabei sind insbesondere die Finanzmittel für bauliche Maßnahmen zum Schutz vor radioaktiver Kontamination auch über die bereits gewährleistete Finanzierung für die Erneuerung des Sarkophags hinaus und für die Zukunft sicherzustellen. Der Schutz der eingesetzten Arbeitskräfte vor radioaktiver Strahlung muss dabei zu jeder Zeit gewährleistet werden;
- die Erinnerung an die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl als nationale und europäische Aufgabe zu verstehen;
- das Projekt einer Zukunftswerkstatt für Energieeffizienz und erneuerbare Energien in Minsk zu unterstützen. Diese Zukunftswerkstatt soll ein Schulungs- und Beratungszentrum und gleichzeitig ein Demonstrationsobjekt für energieeffizientes Bauen sein;
- die bestehenden Kooperationen zwischen Deutschland und der Ukraine im Bereich der erneuerbaren Energien sowie der Energieeffizienz, insbesondere die Programme der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und KfW Bankengruppe fortzuführen, weiter zu vernetzen und auszubauen. Zudem gilt es noch stärker für einen sorgsamem und effizienten Umgang mit Energie zu sensibilisieren;

- Gesetzesinitiativen zu unterstützen, nach denen die sieben ältesten deutschen Atomkraftwerke sowie der Reaktor Krümmel unverzüglich dauerhaft stillzulegen sind, bei gleichzeitigem Verfall der Reststrommengen;
- Maßnahmen zu ergreifen, die einen endgültigen Atomausstieg in Deutschland noch in diesem Jahrzehnt ermöglichen, wobei darauf zu achten ist, dass eine frühere endgültige Stilllegung von Atomkraftwerken in der Weise vonstatten geht, dass keinerlei Regressforderungen gegen die öffentliche Hand möglich sind;
- unverzüglich das kerntechnische Regelwerk von 2009 in Kraft zu setzen;
- sich für einen weltweiten Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie zu engagieren;
- sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass die noch laufenden Atomkraftwerke überall auf der Welt den höchsten Sicherheitsstandards genügen. Hierfür müssen diese höchsten Sicherheitsstandards verbindlich definiert werden;
- von denjenigen Staaten, welche Atomenergie nutzen, eine unabhängige und rechtsstaatliche Aufsicht der Anlagen einzufordern. Dabei müssen strenge Rechts- und Sicherheitsstandards gelten;
- alle Zusagen für Hermesbürgschaften für den Export von Nukleartechnologien zurückzunehmen und ab sofort die Hermes-Umweltleitlinien von 2001 wieder in Kraft zu setzen;
- Maßnahmen zu ergreifen, die den Export von Technologien zum Bau neuer Atomkraftwerke untersagen;
- alle Initiativen zu ergreifen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu forcieren, die Energieeffizienz zu stärken, Energiesparpotenziale auszuschöpfen und Energietechnologien schneller auf den Markt zu bringen;
- Kooperationen mit anderen Staaten einzugehen, um dort den Ausbau von erneuerbaren Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz voranzutreiben.

Berlin, den 5. April 2011

**Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion**

## **Tschernobyl mahnt - 25 Jahre nach dem Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion am 13. April 2011 – Abschrift**

### **Oliver Kaczmarek**

Herzlich willkommen im Bundestag, herzlich willkommen bei der SPD-Bundestagsfraktion. Wir freuen uns, dass Sie alle da sind. Es gibt in Berlin in diesen Tagen durchaus nicht wenige Veranstaltungen, die sich um Tschernobyl, drehen. Insofern freuen wir uns sehr, dass Sie heute hier sind.

Ich begrüße vor allem die Vertreter der Initiativen, der Vereine und Verbände, die in der Ukraine und Belarus aktiv sind. Wir haben die Veranstaltung auch deshalb gemacht, weil wir uns heute die Zeit nehmen wollen Ihnen zuzuhören, von Ihren Erfahrungen was mitzunehmen und auch einfach, um Ihnen und Ihrer Arbeit Anerkennung zu zeigen. Das ist ein Ziel dieser Veranstaltung. Deswegen herzlich willkommen und vielen Dank, dass Sie da sind.

Wir begrüßen Zeitzeugen, Menschen, die in Belarus und in der Ukraine zum Zeitpunkt der Reaktorkatastrophe waren, und Menschen, die bis heute in der Bekämpfung der Folgen aktiv sind. Wir freuen uns sehr, dass Sie da sind – Liquidatoren, Ärzte, Lehrer. Wenn wir sagen, wir danken den Initiativen für ihre Arbeit, dann wollen wir auch Ihnen danken und vor allen Dingen vor Ihrer Lebensleistung auch Anerkennung aussprechen. Herzlich willkommen.

Ich begrüße den Botschafter der Republik Belarus, Andrei Giro. Herzlich willkommen. Ich begrüße viele Kolleginnen und Kollegen, Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion, die sich Zeit genommen haben, um Ihnen für Ihre Arbeit zu danken und hier von Ihnen zu lernen. Ganz besonders freue ich mich, dass unser Fraktionsvorsitzender hier ist. Herzlich willkommen Dr. Frank-Walter Steinmeier.

Dies ist die dritte Veranstaltung, die wir im Gedenken an den Reaktorunfall von Tschernobyl machen. Wir haben in der vergangenen Woche mit einem Zeitzeugengespräch begonnen. Die deutsch-belarussische und die deutsch-ukrainische Parlamentariergruppe hatten dazu eingeladen. Da haben wir sehr interessante Gespräche über die Frage geführt, wie es eigentlich heute in den

betroffenen Gebieten aussieht. Wir haben am vergangenen Freitag eine Debatte im Plenum des Deutschen Bundestages zum Gedenken an Tschernobyl gehabt.

Heute Abend werden wir noch eine vierte Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus haben, zu der ich Sie einlade, die Filmpräsentation "Seven Years of Winter" und eine Ausstellung mit Fotografien von Rüdiger Lubricht. Die Veranstaltung wird von unserem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel eröffnet.

Als wir uns zum ersten Mal Gedanken über diese Veranstaltung gemacht haben, war es vor Fukushima. Auch vor 5 und 10 Jahren hat die Bundestagsfraktion zum Gedenken an den Unfall von Tschernobyl Veranstaltungen durchgeführt. Fukushima hat sicherlich die Debattenlage im Parlament deutlich verändert, aber unsere Zielsetzung für die heutige Veranstaltung hat sich nicht verändert. Wir wollen tatsächlich an die größte Technik- und Menschheitskatastrophe vor 25 Jahren in Tschernobyl erinnern. Wir wollen im Besonderen über Tschernobyl reden, nicht nur über Atomenergie, aber auch, das gehört dazu. Wir wollen darüber reden, wie heute noch Opfer mit den Folgen leben müssen – unter welchen Umständen und was Sie dort tun. Und wir wollen Dank und Anerkennung für Ihre Arbeit sagen, die Sie dort leisten.

Wir beginnen mit zwei Reden, der von Frank-Walter Steinmeier und danach der von Angelika Claußen zu den Folgen des Unfalls in Tschernobyl und wie die Leute heute damit leben. Im zweiten Teil werden wir die Erfahrungen der Initiativen zum Anlass nehmen, als Politiker zuzuhören. Ich rufe Sie auf, ich bitte Sie darum, nutzen Sie die Gelegenheit, uns das mitzugeben, was Sie in Ihrer alltäglichen Arbeit beschäftigt. Wir wollen zuhören, mitnehmen und in den nächsten Wochen überlegen, wie wir das Gelernte politisch umsetzen.

Ich freue mich auf eine interessante Veranstaltung und bitte jetzt unseren Fraktionsvorsitzenden um seine Rede. Vielen Dank.

### **Frank-Walter Steinmeier**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SPD-Fraktion, liebe Gäste aus Deutschland und natürlich ein ganz besonders herzliches Willkommen denjenigen, die von weither aus Weißrussland und der Ukraine

gekommen sind. Ich freue mich, dass Sie hier an dieser Veranstaltung teilnehmen, die auch eine Gedenkveranstaltung an jenen schrecklichen Tag, an jenen 26. April 1986 ist, einen Tag, den wir alle miteinander nicht vergessen haben, der sich für uns und insbesondere meine und Ihre Generation eingepägt hat wie kein anderer Tag in der jüngeren Geschichte, für viele eben auch in grausamer Weise das Leben verändert hat.

Der 26. April 1986 ist ein Tag, bei dem man sich – wenn man gefragt wird – mühelos daran erinnern kann, was man damals gemacht hat. Ich weiß es jedenfalls noch wie heute. Ich war damals im Ost-Westfälischen unterwegs und habe so altmodische Dinge gemacht, wie Holzschlagen, um Vorrat für den Winter zu haben. Das ist inzwischen etwas aus der Mode gekommen. Ich weiß es deshalb, weil ich an dem Tag erst spät abends nach Hause kam und dann aus den Abendnachrichten erfahren habe, was den Tag über passiert ist – eine gewaltige radioaktive Wolke, die sich über ganz Europa mittlerweile verteilte und die ganze nördliche Halbkugel beeinflusst hat.

In den Folgetagen war es ja zunächst mal gar nicht so sehr die unmittelbare Angst, sondern es war eine ganz neue Begrifflichkeit, mit der wir uns plötzlich auseinandersetzen hatten: Cäsium 137 war nicht etwas, was wir jeden Tag im Wortschatz hatten, Becquerel und Millirem auch nicht.

Und dann die Veranstaltungen in dichter Reihenfolge überall in allen Städten, in allen Gemeinden, in denen Mütter gefragt haben, *kann ich mein Kind noch weiter stillen und was darf ich essen. Darf ich noch Pilze und Gemüse essen, das möglicherweise durch Radioaktivität beeinflusst ist?* – Ich kann mich gut erinnern, dass man manchmal aus Hilflosigkeit, gar nicht, weil man etwas wusste, aber weil die Fragen der Menschen so drängend waren, dann in den Kommunen auch keinen anderen Ausweg wusste als Spielplätze, Sandkästen und vieles andere mehr zunächst einmal zu sperren. Es war eine Zeit, wir erinnern uns, in der die Geigerzähler sehr schnell ausverkauft waren.

Eine Explosion, ein Knall – und von diesem Tag an hatte sich das Leben nicht nur in Weißrussland und der Ukraine, sondern in ganz Europa verändert.

Wenn wir aber darüber reden und daran erinnern sollten wir natürlich weniger über uns selbst reden, sondern vor allem über diejenigen, die dieses Ereignis viel härter als uns

hier in Deutschland getroffen hat, diejenigen, die näher am Ort der Katastrophe wohnten als wir.

4.000 Menschen sind unmittelbar nach der Katastrophe gestorben. 350.000 wurden evakuiert. 800.000 so genannte *Liquidatoren* haben versucht – natürlich unter Lebensgefahr –, den brennenden Reaktor abzudichten. Wenn wir heute hier zum wiederholten Male zusammenkommen, dann auch, weil wir der Toten und der vielen Opfer gedenken, die diese Katastrophe bis heute gefordert hat.

Die Folgen dieser Katastrophe, meine Damen und Herren, verehrte Gäste, sind bis heute kaum vorstellbar. Ökonomisch leiden Weißrussland und die Ukraine bis heute darunter. Von Weißrussland kenne ich die Zahlen nicht genau. Von der Ukraine heißt es, dass 6 % des Bruttonationalproduktes bis heute durch die Folgen von Tschernobyl gebunden sind. 1,5 Mio. Hektar Bodenfläche sind nach wie vor rund um Tschernobyl verseucht – welcher Fluch, meine Damen und Herren, den diese Katastrophe über die ganze Region gebracht hat, welche Mahnung daran, dass nicht jede Technologie, wohl erst recht nicht Hochrisikotechnologien von Menschenhand beherrschbar sind.

Weitaus schlimmer sind die Folgen für die Menschen, für die vielen Überlebenden, die an Krebs erkrankt und gestorben sind, auch für die Nachkommen, die vielen Kinder, die mit Behinderungen und Missbildungen zur Welt kamen und gekommen sind. Sie alle brauchen unsere Unterstützung. Und Sie, die Sie hier versammelt sind, geben diese Unterstützung und Hilfe, allen in ehrenamtlichem Einsatz – weit über ihre täglichen Verpflichtungen hinaus.

Ich freue mich, dass so viele dieser Initiativen heute hier anwesend sind. Ich habe in meinen 10 Jahren in Niedersachsen natürlich viel mit der Kinder-für-Tschernobyl-Stiftung in Niedersachsen zu tun gehabt. Ich weiß, dass über 900 Initiativen insgesamt in Deutschland in gleicher Weise arbeiten. Wir hören gerne von Ihnen, wie Ihre Erfahrungen sind, aber ich nutze die Möglichkeit natürlich auch gerne, um Sie zu bitten, mit Ihrer Arbeit weiterzumachen.

Es ist so wichtig. 20.000 Kinder können, weil Sie dafür arbeiten, jedes Jahr in Deutschland Ferien machen. Ich bin sicher, dass jedes dieser Kinder, das auf diese Weise zu uns kommt, nicht nur ein bisschen Erinnerung nach Hause in die Heimat

mitnimmt, sondern auch ein bisschen Zuversicht, dass da draußen in der Welt, hier im fernen Deutschland Menschen sind, die an ihrem Schicksal nicht nur einfach Anteil haben und das sagen, sondern die was tun, die anpacken, konkret helfen. Das pflanzt Hoffnung in die Herzen vieler dieser Kinder, Hoffnung, die sie brauchen, Hoffnung fürs Leben. Dafür, dass Sie das tun, möchte ich Ihnen von ganzem Herzen danken.

Was haben wir gelernt aus der Katastrophe von Tschernobyl? Die SPD hat versucht zu lernen und 1986 schon das erste Mal beschlossen, aus der Kernenergie auszusteigen. Und wir haben 1998, als sich die Chance ergab, aus dieser politischen Haltung, aus dieser politischen Überzeugung auch Politik zu machen, diese Chance ergriffen und gemeinsam mit den Grünen nach Möglichkeiten gesucht, tatsächlich Schritte auf dem Weg heraus aus der Kernenergie zu suchen. Ich war damals persönlich intensiv an den Bemühungen beteiligt, so etwas wie einen Atomkonsens zustande zu kriegen. Der bedeutete: Wir steigen aus, möglichst schnell, aber so, dass wir in der Zeit andere Formen der Energieerzeugung aufbauen können.

Erstmals gab es einen klar definierten Ausstiegsplan und erstmals gab es auch einen klar definierten Einstieg in erneuerbare Energien. Ich glaube, dieses war die richtige Konsequenz aus Tschernobyl. Bedauerlich ist, meine Damen und Herren, Sie erleben das in diesen Tagen, wir haben damals mit dieser Haltung nicht alle überzeugt. Die heutige Bundeskanzlerin hat damals im Juli 2009, so lange ist das nicht her, auf einer Festveranstaltung des Deutschen Atomforums die Katastrophe von Tschernobyl noch als Betriebsunfall eines verlotterten Sowjetkommunismus abgetan und – natürlich zwischen den Zeilen – behauptet, anderswo könne das in dieser Form nicht vorkommen, erst Recht nicht in den High-Tech-Staaten, zu denen wir uns zählen und zu denen Japan sich auch zählen durfte.

Die Realität ist eine andere. Sie war auch vor Fukushima schon eine andere. Aber ein Teil der deutschen Politik hat sich über alle Bedenken, alle Sorgen, auch Mehrheiten in der Bevölkerung in Deutschland hinweggesetzt und im vergangenen Herbst die Laufzeiten für Kernkraftwerke verändert, in falscher Weise verändert, wie ich finde. Erst der Gau in Fukushima nach vielen weiteren Opfern scheint die Verhältnisse wieder zu korrigieren. Jetzt stehen plötzlich diejenigen, die die Risiken der Kernenergie in der Vergangenheit verharmlost haben, an der Spitze der Bewegung und suchen nach schnellstmöglichen Ausstiegswegen.

Ich will mich heute, an diesem Tag, der auch ein Gedenktag ist, darüber nicht vor Ihnen mit anderen streiten, sondern ich will der Hoffnung Ausdruck geben, dass diejenigen, die früher gelernt haben, und diejenigen, die zu spät gelernt haben, jetzt gemeinsam einen Weg finden, um den Ausstieg aus der Kernenergie unumkehrbar zu machen und dafür zu sorgen, dass Fukushima hoffentlich die letzte der Katastrophen ist, die wir erleben. Herzlichen Dank.

### **Oliver Kaczmarek**

Vielen Dank, Frank-Walter Steinmeier, ich glaube, das war noch mal deutlich – auch an die Initiativen – das Signal, wofür die SPD-Fraktion steht und dass wir die Arbeit mit vollem Herzen unterstützen. Vielen Dank für deinen Beitrag.

Wir kommen jetzt zu Dr. Angelika Claußen. Sie ist niedergelassene Ärztin und seit 2005 die Vorsitzende der deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung.

### **Folgen des Unfalls von Tschernobyl**

#### **Angelika Claußen**

Sehr geehrter Herr Steinmeier, sehr verehrte Abgeordnete der SPD und Mitglieder der SPD-Fraktion, sowie Mitarbeiter und viele liebe Gäste, die Sie heute hier sind, ich freue mich, dass ich eingeladen worden bin, um Ihnen etwas über die gesundheitlichen Folgen der Tschernobyl-Katastrophe zu erzählen.

Was sind die gesundheitlichen Folgen der Katastrophe? Ich denke, viele von Ihnen haben in den letzten Wochen und Monaten nach Fukushima vieles gelesen, wo ganz unterschiedliche Zahlen präsentiert worden sind. Da denkt man dann, *wem soll ich eigentlich noch glauben in den Medien, bei so vielen unterschiedlichen Zahlen?*

Die Quelle meiner Ausführungen heute ist eine große Studie von Alexej Jablokow. Das ist ein russischsprachiger Biologe, dessen Studie von 2009 viele insbesondere russischsprachige, aber auch internationale Studien umfasst. Es ist ein dicker Wälzer von etwa 400 Seiten, der wiederum auf Quellen verweist. Eine der Untersucherinnen ist eine Professorin aus Kiew, sie sitzt hier vorne, Frau Angelina Njagu. Sie hat sehr viele Studien zu den Folgen für Kinder gemacht. Ich freue mich, dass Frau Angelina Njagu unter uns ist.



Die IPPNW hat auch eine eigene Studie gemacht, wo wir in deutscher Sprache verschiedene Einzeluntersuchungen aufgenommen haben, um Ihnen einen Überblick zu geben.

Ich möchte Ihnen als erstes die Dimensionen der Katastrophe nahe bringen und die Trends der gesundheitlichen Auswirkungen. Dabei handelt es sich sowohl um Krebserkrankungen als auch um Nicht-Krebserkrankungen, die beide als Folge ionisierender Strahlung zu sehen sind. Krebserkrankungen sind ja relativ bekannt, aber Nicht-Krebserkrankungen nicht, und darauf möchte ich heute Ihre Aufmerksamkeit lenken.

Wie viele Menschen sind jetzt schon gestorben? Wir wissen sicher, dass nach 25 Jahren mehr als 100.000 Menschen verstorben sind, dabei handelt es sich um Liquidatoren oder Aufräumarbeiter, von denen es über 800.000 gab. Sie starben hauptsächlich an Nicht-Krebserkrankungen wie z.B. Herzinfarkt, Hirninfarkt, Suizid bei schweren, hirnorganisch bedingten Depressionen und an Krebserkrankungen - alles infolge von Strahlenbelastung.

Mindestens 90% der Liquidatoren, die heute noch leben, sind schwer krank. Ich glaube, viele von ihnen sind heute bei uns, einer von ihnen sitzt neben Frau Njago. Die Aufräumarbeiter sind alle sehr schwer krank, sie sind multimorbide, d.h. sie haben mehrere schwere organische Erkrankungen, und sie leiden an vorzeitigen Alterungsprozessen.

Die zweite Gruppe der Todesfälle umfasst Säuglinge, die infolge schwerer genetischer Schäden nicht lebensfähig waren. Es gab eine Erhöhung der Totgeburten und der Säuglingssterblichkeit. Diese Gruppe umfasst nach Jablokow, und er schließt dabei sowohl die Studien aus den russischsprachigen Tschernobylrepubliken ein, als auch unterschiedliche Studien aus Europa, ungefähr 170.000 Fälle. Das ist eine ungeheure Zahl.

Warum das so viel ist? Sie müssen sich vorstellen, dass in Europa ohne die drei Tschernobylrepubliken 53% des radioaktiven Inventars niedergegangen sind und 36%, wenn auch in höherer Intensität, in den drei Tschernobylrepubliken. Europa hat ein ungeheures Maß an Strahlung abbekommen, das hat die europäische Union Mitte der

90er Jahre gemessen. Es gibt eine Landkarte, auf der man sehen kann, wie unterschiedlich strahlenbelastet verschiedene europäische Länder waren. Bei uns war vor allem Südbayern betroffen.

Was die Zahl der zu erwartenden Krebserkrankungen angeht, so haben wir es mit ganz unterschiedlichen Zahlen zu tun. All diese Zahlen sind Schätzungen, also keine gezählten Krebserkrankungen. Das Tschernobylforum hat 2005 von 4000 Krebstoten gesprochen, die in der Zukunft zu erwarten sein sollen. Das Tschernobylforum ist eine Organisation, die hauptsächlich aus der IAEQ, der Internationalen Atomenergiebehörde besteht, die leitend und federführend in der Auswahl der Studien ist, die dem zugrunde liegen, und der WHO.

Der andere Pol ist über eine Million. Das sagt Rosalie Bertell, eine amerikanische Krebsforscherin. All diese Studien wurden nach einem epidemiologischen Ansatz und nach der Dosismethode gemacht. Es wurden aber unterschiedliche Zeiträume zugrunde gelegt: von 1986 bis heute oder nur zehn Jahre, 50 oder 70 Jahre. Es wurden unterschiedliche geografische Räume betrachtet, dabei zeichnen sich die IAEQ-Studien oder die (ANSKER?)-Studie, die dieses Jahr erschienen ist, dadurch aus, dass die europäischen Staaten bezüglich der Krebserkrankungen keine Berücksichtigung finden. Da wird gesagt, *das ist ja viel zu wenig an Radioaktivität, was da niedergegangen ist, das brauchen wir nicht zu berücksichtigen.*

Es gibt auch unterschiedliche Annahmen die Dosis betreffend, die Personen, die krank werden, aufgenommen haben könnten. Es gibt das Problem, dass gerade in den ersten Jahren die Zahlen über die Kranken von der Sowjetunion sehr geheim gehalten wurden. Es gab Verordnungen, diese Zahlen geheim zu halten.

Was sind die Erkrankungen, an denen die Menschen insbesondere in den drei Tschernobylrepubliken leiden, aber in geringerem Ausmaß natürlich auch in den europäischen Ländern?

Wir finden eine Zunahme der Krebserkrankungen, dann eine Zunahme der Nicht-Krebserkrankungen wie Herz-Kreislaufkrankungen in jedem Lebensalter, auch in relativ jungem Alter, Schlaganfälle in jungem Alter, Kinderlosigkeit in der nächsten

Generation, Frühaborte, erhöhte Säuglingssterblichkeit, schwere Fehlbildungen und Totgeburten.

Es ist dabei wichtig, einige grundsätzliche Prinzipien zu verstehen. Bei radioaktiver Belastung nach Atomkatastrophen handelt es sich immer um den Bereich der Niedrigstrahlung. Niedrigstrahlung bedeutet den Bereich von 0 bis 100 Milli-Sievert. Bei Atomkatastrophen geht es bei den gesundheitlichen Folgen um Langzeitwirkungen. Das sind nicht nur ein paar Jahre, auch nicht nur 25 Jahre, sondern manchmal auch 100 Jahre und mehr. Es geht um eine Kombination von intern wirksamer Strahlenbelastung und extern wirksamer Strahlenbelastung. Intern wirksam bedeutet, die Menschen nehmen die radioaktiven Nukleide durch das Essen und durch die Atmung auf und extern durch die Hintergrundstrahlung.

Dann müssen Sie sich klarmachen, dass *jede*, auch die kleinste Strahlenbelastung, für die menschliche Zelle schädlich ist. Niedrigstrahlung bewirkt eine Schädigung des Erbgutes. Das ist schon seit den 50er Jahren gut bekannt. Das Vierte, was Sie sich merken sollten, ist, dass die überall existierenden Grenzwerte willkürlich festgelegt sind. Sie dienen in der Regel eher wirtschaftlichen Interessen als biologischen Erfordernissen.

Das ist jetzt nicht direkt Tschernobyl, aber ich möchte Sie zum Schluss darauf aufmerksam machen, dass wir in der gesamten Kette des Umgangs mit Atom, mit Uran, viele kranke Menschen finden. Das beginnt mit dem Uranbergbau über den laufenden Normalbetrieb in Atomkraftwerken, bis hin zu den Atommülllagern und endet mit den gesundheitlichen Auswirkungen solcher Katastrophen wie Tschernobyl, Majak, Harrisburg, Windscale und jetzt Fukushima, um nur einige zu nennen, und den Auswirkungen der oberirdischen Atomwaffentests.

Es ist nicht zu vergessen, dass Atomenergie und Atomwaffen zwei Seiten derselben Medaille sind.

Die drei deutschen Forscher Scherb, Kusmierz und Weigelt beschäftigen sich seit einigen Jahren mit den genetischen Folgen der Atomtechnologie. Sie haben interessante Untersuchungen zur Geschlechterchance gemacht, zum Verhältnis von Mädchen- zu Jungengeburt und zu fehlenden Geburten infolge der

Reaktorkatastrophe. Damit kann man auch Effekte sehr geringer radioaktiver Strahlung nachweisen. Sie haben gefunden, dass nach der Reaktorkatastrophe rund 800.000 Kinder weniger geboren worden sind, als zu erwarten gewesen wären. Das ist eine ungeheure Zahl.

Einen ähnlichen Effekt haben sie auch für die oberirdischen Atomwaffentests nachweisen können – da sind die Zahlen noch höher - und auch für den Normalbetrieb von Atomkraftwerken.

Sie werden sich vielleicht an die deutsche Studie von 2007 erinnern, Kinderkrebs und Leukämie in der nahen Umgebung von Atomkraftwerken, wo nachgewiesen wurde, je näher ein Kind am Atomkraftwerk wohnt, desto höher ist sein Risiko, an Krebs oder Leukämie zu erkranken. Das sind im Grunde genommen alles dieselben Effekte.

Ich denke, Fukushima und Tschernobyl lehren uns, dass die Zeit jetzt reif dafür ist, uns endlich aus der atomaren Geiselhaft zu befreien und ein Ende des Atomzeitalters herbeizuführen. Für uns IPPNW-Ärzte zeigen Tschernobyl und Fukushima auch, dass wir Menschen gänzlich neu über unsere bisherige Lebensweise und die dazugehörigen Technologiepfade nachdenken müssen.

Die IPPNW hat einige Forderungen aufgestellt, die sich mit Tschernobyl und der Strahlenbelastung beschäftigen. Als Erstes fordern wir, dass die Grenzwerte für die Strahlenbelastung sich endlich an den aktuellen Befunden der medizinischen, und insbesondere der zellbiologischen Forschung orientieren müssen.

Als Zweites fordern wir von unserer Bundesregierung und auch von den übrigen europäischen Regierungen, *alle* Atomkraftwerke auf schnellstmöglichem Weg stillzulegen.

Außerdem fordern wir, dass die internationale Atomenergiebehörde IAEO, deren Hauptzweck laut Statut darin besteht, die Nutzung der Atomenergie zu fördern, also überall auf der Welt neue Atomkraftwerke bauen zu lassen, angesichts der Katastrophe von Fukushima ihren Satzungszweck dringend überdenkt und sich mehr um die Sicherheit kümmert.

Als Letztes fordern wir von Deutschland, als einem einflussreichen Mitglied der Weltgesundheitsorganisation WHO, seinen Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass die WHO den Knebelvertrag mit der IAE0 bezüglich der Folgen radioaktiver Strahlung aufkündigt. Es gibt nämlich einen Knebelvertrag, der sagt, dass bei gemeinsamen Forschungen und Untersuchungen, die IAE0 und WHO machen, die internationale Atomenergiebehörde, weil sie ja oben in der UN-Organisation angesiedelt ist, auch immer das Sagen hat, und dass die WHO keine eigenständige Forschung unabhängig von der IAE0 machen oder publizieren kann.

Sie werden jetzt sicher bei Fukushima auch bemerkt haben, dass wir von der WHO überhaupt nichts gehört haben. Bei jeder großen Grippewelle kommen die WHO-Vertreter sofort zu den Medien, aber bei Fukushima überhaupt nicht. Deshalb muss dieser Knebelvertrag endlich beendet werden, und das können unsere Regierungsvertreter schon bald tun.

Im Mai wird es eine Versammlung der WHO geben, wo sich alle Länder versammeln, dort kann der deutsche Gesundheitsminister eine entsprechende Forderung stellen. Ich denke, z.B. Österreich, was schon längst aus der Atomenergie ausgestiegen bzw. gar nicht erst eingestiegen ist, würde den deutschen Gesundheitsminister sicher unterstützen. Dankeschön.

### **Oliver Kaczmarek**

Vielen Dank, Frau Claußen. Das waren eindrückliche Informationen, für mich auch einige neue über den Alltag in den betroffenen Regionen. Gibt es jetzt schon Rückfragen oder Anmerkungen zu dem, was Frau Claußen gesagt hat?

### **Jan Hemmer**

Ich bin Vertreter und Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Tschernobyl aus Baden-Württemberg. Wir haben stellvertretend für alle geborenen und ungeborenen Kinder und auch solche unabhängigen Wissenschaftler wie Bandaschewski nicht Fragen, sondern Forderungen. Ich möchte mich hier auch Frau Claußen anschließen.

Das Erste ist die Revision des Vertrags WHA 12-40 zwischen der Atomenergiebehörde und WHO. Da ist der Weltgesundheitsorganisation ein Tabu auferlegt, über Strahlenkrankheiten zu sprechen. Wer fünf Jahre krebsfrei ist, gilt als geheilt. Daher

auch die Differenzen. Unabhängige Forscher sagen, 1,8 Millionen Tote durch Tschernobyl, die WHO erkennt gerade mal 32 an.

Das Zweite: Wir fordern eine neue EU-Strahlenschutzkommission. Die gegenwärtige SSK in Deutschland, die die KiKK-Studie im Auftrag des Umweltministeriums überprüft hat, vertritt unserer Ansicht nach nur die Interessen der ISAP und der Atomenergiebehörde sowie der Betreiber. Diese Kommission wird niemals einen Zusammenhang, eine Korrelation, zwischen Niedrigstrahlung und embryonaler Schädigung oder Toten anerkennen.

Die Atomenergiebehörde IAEA hat gar kein Mandat, Atomkraftwerke zu schützen, schon gar nicht die Gesundheit der Menschen. Das obliegt der WHO. Die IAEA ist unserer Ansicht nach weder wissenschaftlich noch ethisch. Das Feld der Gesundheit muss den Ärzten übergeben werden und nicht den Physikern und Ingenieuren. Wer der Atomindustrie Geld gibt, um die Reaktoren sicherer zu machen, so wie es jetzt geschieht, fördert sie. Das ist der Rettungsanker dieser kriminellen und mutagenen Energie. Ein altes Auto bleibt ein altes Auto, egal, ob Sie die Türen erneuern.

Zum Thema Weißrussland. Ich habe sechs Exemplare eines Films dabei, den ich im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Tschernobyl gemacht habe. Er heißt "Die Zeit verwischt die Wahrheit". Den möchte ich gern austeilen. Er dokumentiert genau, wie momentan in Weißrussland ganz offiziell vom Staat versucht wird, Tschernobyl zu beenden.

In Weißrussland findet seit 1996 Rehabilitation statt. Strahlenschilder werden abgehängt. Ich hab das alles dokumentiert. Dörfer werden als sauber umgemünzt. Seit 2007 sind 1000 Dörfer von der Strahlenkarte verschwunden. Toleranzgrenzen für atomare Verseuchung werden angehoben, wie in Fukushima und wie in der EU. Standards für Nahrung, Wasser und Land werden gesenkt.

Während Fukushima explodierte, unterzeichnete man ins Minsk den Bauvertrag für das erste weißrussische Atomkraftwerk, obwohl hier 72% des Tschernobyl-Fallouts niedergegangen sind. Rosatom soll da bauen, wie auch schon im Iran.

Noch ein Hinweis: Es ist nicht nur der Staat, es sind auch so genannte Initiativen, humanitäre Projekte, die in Weißrussland stattfinden. In Weißrussland gibt es ein

Projekt, das sich CORE nennt. Es soll den Leuten beibringen, dass man in verstrahlten Gebieten leben und Kinder kriegen kann. Es soll das Märchen vom Schutz erzählen, von der Abführung der Radionukleide aus dem Körper. Wie soll das gehen, wenn Strontium schon längst in den Knochen ist, weil der Körper es mit Kalzium verwechselt, wenn Cäsium mit Kalium verwechselt wird? Heute nach 25 Jahren sagen die Menschen, ihnen tun die Knochen weh. Das ist die Latenzzeit. Die Kinder der Kinder von Tschernobyl sind schon da. CORE ist ein von der französischen Atomindustrie mit finanziertes Programm. Und auch deutsche Initiativen mischen mit und begreifen Tschernobyl als Markt. Die Kinder werden jeden Tag ein zweites Mal bestraft – jeden Tag, in jeder Sekunde, mit jeder Zellteilung!

Ich möchte mit einem Zitat vom Ex-Direktor der IAEO Hans Blix vom Mai 1986 in der Le Monde schließen: "Aufgrund der Vorteile der Nuklearindustrie ist ein jährliches Tschernobyl akzeptabel." Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

### **Oliver Kaczmarek**

Das nächste Themenfeld haben wir überschrieben mit "Erfahrungen der Tschernobylinitiativen". Da geht es um Ihre Arbeit. Wir haben hier stellvertretend für alle versucht, ein paar Sichtweisen zusammenzufassen. Ich begrüße Dr. Astrid Sahn, die Leiterin der IBB in Minsk. Vielleicht können Sie erklären, was die IBB in Minsk ist, auch wenn die meisten hier sie kennen werden. Herzlich willkommen, Dr. Astrid Sahn.

### **Erfahrungen der Tschernobyl-Initiativen**

#### **Astrid Sahn**

Von Friedrich Hölderlin stammen die Zeilen "Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch". Ich denke, in der europäischen Solidaritätsbewegung, die sich nach Tschernobyl gebildet hat, kommt der Sinn dieses Zitats sehr deutlich zum Ausdruck, denn die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl war zum damaligen Zeitpunkt der größte anzunehmende Atomunfall, der sich nicht nur in Belarus und der Ukraine und Russland, sondern europaweit, weltweit bemerkbar gemacht hat.

Doch diese Katastrophe hat auch in vielen Ländern bei zahlreichen Menschen Solidarität hervorgebracht. Ich denke, diese Solidaritätsbewegung kann man mit Recht als etwas Besonderes bezeichnen, weil sie sich über 20 Jahre hinweg kontinuierlich

und partnerschaftlich entwickelt hat und hier wirklich von den verschiedenen Initiativen gemeinsam grenzüberschreitende Projekte entwickelt und umgesetzt wurden, die zu struktureller Hilfe geführt haben und ein großes thematisches Spektrum abdecken.

Die Effekte, die diese Initiativenarbeit hervorgebracht hat, sind äußerst vielfältig. Ich werde nicht alle diese Effekte nennen können, möchte aber doch einige wenige stichwortartig beleuchten.

Zu den Effekten gehört beispielsweise, dass sich in Belarus, auch in der Ukraine, die Integration von Behinderten und von sozial benachteiligten Gruppen insgesamt spürbar gewandelt hat. Es ist nicht mehr so, dass Behinderte auf der Straße aus der Gesellschaft ausgestoßen sind, sondern es wird aktiv diskutiert und es wurden Pilotprojekte geschaffen, wie Behinderte arbeiten, selbständig wohnen und aktiv an der Gesellschaft teilnehmen können.

Es wurden dank der Arbeit von Initiativen, insbesondere von der Heim-statt Tschernobyl, Pilotprojekte durchgeführt, die bewiesen haben, dass erneuerbare Energien auch in Belarus, in der Ukraine, erfolgreich angewandt werden können und zukunftsfähig sind. Beispielsweise hat Heim-statt Tschernobyl, wie sicherlich vielen von Ihnen bekannt ist, die ersten beiden Windkraftanlagen in Belarus errichtet und gezeigt, dass sie durchaus effizient arbeiten können.

Es wurden zahlreiche Beispiele für eine nachhaltige regionale Strukturentwicklung geschaffen, beispielsweise durch die Unterstützung landwirtschaftlicher Projekte oder durch den Aufbau von Produktionsstätten, die lokales Rohmaterial verwenden, wie die Produktion von Schilfmatten am Narotsch-See, die als Isoliermaterial beim Häuserbau verwendet werden können.

Durch die Kindererholung im In- und Ausland wird eine ganzheitliche Gesundheitsförderung angestrebt, beispielsweise durch das Kinderzentrum Nadeshda, das durch seine Multiplikationsarbeit Ansätze einer ganzheitlichen Gesundheitsförderung auch in staatliche Einrichtungen gebracht hat. Die medizinische Versorgung konnte erheblich verbessert werden, nicht nur durch eine verbesserte Ausstattung, sondern auch dadurch, dass sich durch die Zusammenarbeit das Verhältnis von Ärzten und Patienten gewandelt hat, dass die Entstehung von



Selbsthilfegruppen unterstützt wurde, wo Patienten sich über ihre Krankheiten austauschen und damit ganz andere Strategien des Umgangs mit ihren Erkrankungen entwickeln konnten.

Es hat sich durch die Zusammenarbeit auch ein anderes Verständnis von freiwilligem Engagement und Gemeinnützigkeit entwickelt. Insgesamt sind auf beiden Seiten interkulturelle soziale Kompetenzen gestärkt worden, denn die Zusammenarbeit ist keine Einbahnstraße. Es lernt nicht nur die eine Seite von der anderen, sondern beide Seiten lernen voneinander. Dies ist in all den Jahren kein einfacher Weg gewesen, und alle Initiativen können von großen Krisen, Verzweiflung und von Momenten berichten, in denen die Kräfte nachließen und man dem Aufgeben nahe war. Das hat auch etwas damit zu tun, dass man erstmal eine gemeinsame Sprache finden musste und dass wechselseitige Lernprozesse stattfinden mussten.

Es gibt viele Legenden, Geschichten darum, wie man sich über Normen gestritten hat, Baunormen, Normen im medizinischen Bereich, was sanitäre Vorgaben angeht und so weiter, und wie man dann doch kreative Lösungen gefunden hat. Es mussten auch viele bürokratische Hürden überwunden werden. Insbesondere auf belarussischer Seite erschweren die Vorgaben für die Registrierung humanitärer Projekte häufig eine schnelle Umsetzung und das schafft zahlreiche Probleme. Seit Einführung des Schengenabkommens gibt es auf europäischer Seite häufig Mühen, die Visa und Ähnliches rechtzeitig zu erhalten, so sehr sich die Botschaften auch bemühen, dies möglichst unkompliziert zu machen.

Deshalb war in all den Jahren eine entscheidende Voraussetzung, wenn die Hilfe erfolgreich sein sollte, Effekte erzielen wollte, dass sie nicht nur partnerschaftlich erfolgte, sondern auch von staatlicher Seite gewollt und nicht behindert wurde. Nur wenn zivilgesellschaftliches und staatliches Engagement sich wechselseitig ergänzen kann es tatsächlich gelingen, die Folgen von Tschernobyl zu mindern, eine der beiden Seiten allein wird dazu nicht in der Lage sein.

Hier gibt es häufig sprachliche Differenzen im Ausdruck, wie man die Politik zur Minderung der Folgen von Tschernobyl bezeichnet. Ich betone: Es geht nicht darum, die Folgen zu liquidieren, wie es unglücklich im Russischen häufiger heißt, sondern

darum, die Risiken für die Gesundheit der Menschen, insbesondere für die nachkommenden Generationen in diesen Regionen maximal zu mindern.

Es wurde hier bereits angesprochen, viele Initiativen befürchten, dass insbesondere von belarussischer Seite, aber man kann diese Befürchtung auch auf die staatliche ukrainische Seite übertragen, die Folgen von Tschernobyl verdrängt werden sollen, dass alles normalisiert wird. Dafür lassen sich auch einige Argumente nennen, wie beispielsweise, dass die Anzahl der Hilfsberechtigten reduziert wurde, oder es wurde als Argument eben die Reduzierung der Anzahl der belasteten Dörfer genannt.

Man kann auch nennen, dass es schwer ist, differenzierte medizinische Statistiken über den Gesundheitszustand der Kinder in den betroffenen Gebieten zu bekommen. Aber man kann auch Gegenargumente nennen. Denn wenn es so wäre, dass es normalisiert werden sollte, dann dürfte es eigentlich gar kein staatliches Tschernobylprogramm mehr geben, und das haben auch viel Initiativen befürchtet. Aber es wurde gerade ein neues Tschernobylprogramm für die nächsten fünf Jahre, bis zum Jahr 2015 aufgelegt.

Es werden durch staatliche Mittel Kinder aus den Regionen weiterhin zur Erholung im eigenen Lande geschickt, etwa 125.000 Kinder jährlich, das ist keine kleine Zahl, das sind keine geringen Mittel. Diese Kinder bekommen kostenlose Schulverpflegung. Man muss in jedem Falle sagen, von staatlicher Seite ist Tschernobyl durchaus weiterhin als Problem existent, es ist *nicht* verschwunden. Viele Initiativen können ihre Projekte nur durchsetzen, weil sie auch auf lokaler Ebene staatliche Unterstützung vor Ort haben.

Sie verstehen ihre Maßnahmen auch als eine Doppelstrategie, indem sie sowohl Kindererholung im Ausland durchführen, als auch im Inland, auch in staatlichen Erholungseinrichtungen. Da konzentrieren sie sich aber auf Kinder, die aufgrund ihrer Erkrankung, aufgrund ihrer geistigen Behinderung keine Erholungsmöglichkeiten innerhalb der staatlichen Kriterien bekommen, und übernehmen damit auch das Anliegen, zu erreichen, dass staatliche Stellen diese Kinder, beispielsweise mit Diabetes, mit geistigen Behinderungen, auch in ihre staatlichen Erholungsprogramme aufnehmen.

Ich denke, das ist auch die Aufgabe zivilgesellschaftlichen Engagements, durch eigenes Engagement auch staatliche Stellen zur Innovation und zur Veränderung zu bewegen und mit dazu beizutragen, dass die Probleme von Tschernobyl weder von der staatlichen Tagesordnung, noch von der gesellschaftlichen Tagesordnung verschwinden.

Die Tschernobylinitiativen haben viel erreicht, aber ihnen stellen sich auch zahlreiche Herausforderungen. Wir haben häufig in unseren Debatten davon gesprochen, dass die Generation der Helfer altert. Die Frage ist, wie kann man junge Menschen gewinnen. Wir haben als internationales Bildungs- und Begegnungswerk in Dortmund und Bildungs- und Begegnungsstätte in Minsk deshalb im letzten Jahr ein Projekt *25 Jahre nach Tschernobyl* gestartet, um aktiv an einer europäischen Erinnerungskultur zu arbeiten und gezielt junge Menschen anzusprechen. Wir haben ein Internetprojekt mit über 50 jungen Menschen aus 19 Ländern durchgeführt und festgestellt, sie sind sehr wohl für Tschernobyl zu sensibilisieren. Schon vor Fukushima war die Resonanz erstaunlich offen, erstaunlich lebendig. Die Frage ist, wie sich dieses Interesse in ein lang anhaltendes aktives Engagement umwandelt.

Wir haben gemerkt, es gibt einen Bedarf an europaweiter Vernetzung, weil die Initiativen bisher nur auf nationaler Ebene gehandelt haben, obwohl sie in allen Ländern Europas aktiv waren. Auch hier wollen wir einen Schritt weitergehen. In den nächsten Tagen werden wir in Minsk mit über 400 Teilnehmern eine Partnerschaftskonferenz durchführen, an der erstmals nicht nur deutsch-ukrainische und deutsch-belarussische Initiativen teilnehmen, sondern aus etwa zehn weiteren europäischen Ländern Teilnehmer erwartet werden. Ich hoffe, dass wir dadurch gemeinsam Tschernobyl wirklich gerecht werden können, auch durch dieses europäische Engagement. Hierfür brauchen wir natürlich auch wieder die Unterstützung und Begleitung der Politik. Danke.

#### **Oliver Kaczmarek**

Vielen Dank, Frau Sahm. Ein wichtiger Vortrag, der großes Interesse gefunden hat. Es gibt eine Frage, die ich zulassen will.

#### **Helmut Frick**

Ich bin deutscher Botschafter in Belarus gewesen. Ich wollte kurz an Frau Sahms

Intervention anknüpfen, die ich voll unterstütze. Und ich wollte dem Herrn aus Baden-Württemberg widersprechen. Es geht um die Frage der schwierigen Zusammenarbeit mit den belarussischen Behörden, gerade was Tschernobylinitiativen anbetrifft. Es geht um die Schwierigkeit der Registrierung und um europaweite Vernetzung der Initiativen, die viel effizienter sein könnten, wenn sie koordiniert und vernetzt würden.

Das war der Ansatz des Programms CORE, das der Herr erwähnt hat, meiner Ansicht nach in einer völligen Fehlinformation. Ich war persönlich an der Schaffung der CORE-Initiative beteiligt, die mittlerweile leider ausgelaufen ist. Es war der Versuch, die staatliche und die internationale Ebene mit der zivilgesellschaftlichen Ebene zu vereinen. Es waren UNDP, OSZE, die europäische Union und die Mehrzahl der in Minsk vertretenen Regierungen oder Botschaften der europäischen Union vertreten, in dem Versuch, die Initiativkräfte in den am meisten betroffenen Regionen von Tschernobyl zu mobilisieren, sie mit Geldern von außen zu Eigeninitiativen zu veranlassen, um dort wieder ein neues Leben starten zu lassen.

Ich wollte das nur gerade richtig stellen, korrigieren. Sie sind meiner Ansicht nach einer völligen Fehlinformation aufgesessen. Das war kein Versuch der französischen Regierung, hier mit der Atomlobby aus Frankreich bei dem Wiederaufbau der betroffenen Regionen in irgendeiner Weise Fuß zu fassen, sondern es war ein Versuch, staatliche, internationale Ebene und private Ebene zusammenzukriegen. Es ist leider nicht gelungen, vor allen Dingen auch wegen der schwierigen Zusammenarbeit mit den belarussischen Behörden. Es war der Versuch, eine vereinfachte Registrierung humanitärer Initiativen zu erreichen. Und diese Zusage ist von der belarussischen Seite nicht eingehalten worden. Vielen Dank.

### **Oliver Kaczmarek**

Wir können den Dissens vielleicht nicht ganz auflösen. Ich würde gern noch die zwei Wortmeldungen dran nehmen und dann Frau Siedentopf um ihren Beitrag bitten.

### **Günther Weers**

Ich bin Vorsitzender der niedersächsischen Kontaktstelle Belarus. Ich muss Ihnen widersprechen. Wir haben uns schon im Kuratorium der niedersächsischen Landesstiftung unterhalten. Wir haben damals dieses CORE-Programm verurteilt, vor dem Hintergrund, dass wir genau wussten, dass diese Mittel letztendlich in der

präsidialen Vertikale von Weißrussland versickern werden. Es ist nie gewährleistet worden, dass unabhängige Initiativen mitarbeiten konnten. Das war unser Vorbehalt, den wir immer wieder artikuliert haben. Trotzdem ist dieses Projekt wider besseres Wissen durchgezogen worden. Von daher haben wir im Nachblick gesehen Recht behalten. Das nur zum Thema CORE.

### **Karin Baumann – Amnesty International**

Wir haben auch gerade die IBB-Tagung immer mit unserem menschenrechtlichen Kampf begleitet, um vor allen Dingen politisch orientierte Gefangene wie Bandaschewski.

Herr Frick, wir kennen uns von den letzten Zeiten der IBB. Ich glaube, gerade angesichts des Ausmaßes, was das Informationsdefizit von Japan betrifft, das erinnert ja schon sehr an Tschernobyl. Es ist immer ein bisschen zynisch, wenn gerade in so einem Rahmen, wo so viele Leute sitzen, die so viele gute Sachen machen, doch noch mal zuzuspitzen, wie das der junge Mann gemacht hat, weil gerade in der jetzigen Zeit, und Sie haben das ja sehr schön auch mit dem Bericht der Ärzte gesagt, es sind wirtschaftliche Interessen.

Das Maß ist einfach so voll, wo vor allen Dingen auch der Menschenrechtsaspekt von Atomkraft so deutlich wird, auch für die Langzeitfolgen. Da ist ja genau dies Gremium für die Langzeitfolgen das gute Gewissen für die Zukunft dieser Erde. Da muss man schon mal so einen kritischen Satz an alle Handelnden richten. Schönen Dank natürlich für die Einladung, aber der sofortige Ausstieg aus der gesamten Atomkraft ist die Überlebenschance für die gesamte Menschheit. Denn die Folgen, die wir in Tschernobyl über viele Jahre alle verfolgen, sind viel mehr.

Da muss ich mal ein kritisches Wort sagen, da wir uns hier ja alle kennen. Ich finde natürlich das Hölderlinzitat fantastisch, aber ich finde es auch zynisch, wenn nicht mit dem sofortigen Ausstieg angefangen wird. Dass die Hilfe natürlich toll ist und es so eine große Gruppe gibt, die sich immer wieder trifft, ist natürlich rührend. Aber unter diesem Menschenrechtsaspekt, den Amnesty vertritt, ist es auch eine politische Entscheidung, über diese Hilfe und die Freude, dass wir uns helfen, hinauszugehen und andere Vernetzungen, andere politische Strömungen, die etwas radikaler sind

hineinzugehen und zu sagen, hier ist die geballte Kompetenz von den Auswirkungen, die jetzt schon da sind, und die einfach so nicht weitergehen.

### **Oliver Kaczmarek**

Frau Siedentopf ist Ärztin, sie vertritt heute den Freundeskreis Kostjukovitschi. Ich habe gelesen, dass ihre Initiative im Jahr 2008 vom Ausländerbeirat in Dietzenbach den Preis für besondere Verdienste um den Gedanken der Völkerverständigung bekommen hat. Uns würde interessieren, wie arbeitet Ihre Initiative, und was sind die Dinge, die Sie im Moment bewegen. Herzlich willkommen.

### **Dörte Siedentopf**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, es ist mir eine große Ehre, heute stellvertretend die Arbeit hunderter Initiativen zum 25en Jahrestag der Tschernobylkatastrophe zu würdigen. Wer von Ihnen nur bis Minsk fliegt, kann kaum erleben und ermessen, was die Initiativen seit 1990 in der verstrahlten Zone geleistet haben, und wird auch nicht erfahren, dass Lukaschenkos antideutsche Kampagne dort nicht greift.

Alles begann mit den Erholungsaufenthalten der Kinder und der medizinischen Hilfe für das marode und völlig überforderte Gesundheitswesen in Belarus nach Tschernobyl. Ich sah in Kostjukovitschi in dem Krankenhaus von 1905, seit zehn Jahren gibt es ein neues, was alles fehlte: Untersuchungs- und Behandlungsmöglichkeiten, Verbrauchsmaterialien, Medikamente oder minimales Handwerkszeug für die Ärzte, Stethoskop, Blutdruckmessgerät, Fieberthermometer oder Ohrspiegel.

Die Initiativen in den neuen Bundesländern durchschauten die belarussischen Strukturen durch frühere Kontakte und ihre russischen Sprachkenntnisse schneller als wir in den alten Bundesländern, aber durch die Kinder, die Dolmetscher, die regelmäßigen Besuche in den Dörfern, und durch unsere überregionalen Treffen z.B. in der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder von Tschernobyl, wo wir unsere Erfahrungen austauschten und diskutierten, lernten wir auch.

Unsere Initiative in Kostjukovitschi hat von Anbeginn die staatlichen Strukturen mit einbezogen. Jeder Besuch im Rajon begann und endete mit einer Gesprächsrunde im Rathaus, vor dem Lenin wacht. In Belarus hörte ich immer wieder den Satz, *einmal*

*sehen ist besser als hundertmal hören.* Wir verstanden. Wollten wir einer Erzieherin, Lehrerin, einem Arzt, einer Krankenschwester eine Chance zu sehen geben, mussten wir zuerst oder mindestens auch die Funktionäre einladen. Aber langsam wurde so Vertrauen aufgebaut, und manch ein Funktionär brachte auch neue Ideen mit, zum Beispiel wurde eine Tageseinrichtung für behinderte Kinder geschaffen. Wollten wir Hilfe für einzelne Kinder leisten oder Projekte in einem Dorf starten, haben wir immer alles erreicht.

In einem Umsiedlerdorf hatten wir den Kindergarten ausgestattet. Als wir nach einem Jahr wiederkamen, waren drei Kinder da. Ich erschrak. Alle krank? Nein. Im Winter haben die Eltern keine Arbeit in der Kolchose und können die Gebühren nicht bezahlen, 10 Euro im Monat zurzeit. Wir beratschlagten und entschieden, für alle Kinder des Ortes, die infrage kamen, die Kosten zu übernehmen, vorausgesetzt, die Räume würden so hergerichtet, dass auch alle kommen konnten. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees stimmte zu. Aber nun waren es die Erzieherinnen, die nicht begeistert waren, denn die Kinder aus den, in Anführungsstrichen, *schlechten* Familien, sahen sie ungern in ihrer Einrichtung.

Alkoholabhängigkeit wird in Belarus als Erbkrankheit angesehen und ein Gesetz sieht vor, dass allein erziehende, nicht berufstätige Mütter kein Anrecht auf einen Kindergartenplatz haben. Da gab es Diskussionsbedarf. Im Laufe der Zeit übernahmen wir noch sechs Dorfkindergärten mit fünf bis zwölf Kindern, die sonst geschlossen worden wären. Ich werde nicht vergessen, wie ein hoch gewachsener Vater eines Kindes sich im Namen der Eltern bedankte. Erstens könnten nun alle Kinder angemessen auf die Schule vorbereitet werden, zweitens bekämen sie gutes Essen, und drittens erhalten wir so für das Dorf fünf Arbeitsplätze.

Bei den Sommerkindern fielen uns zunehmend kariöse Zähne auf, und so lag es nahe, Zahnbecher, Bürsten, Creme in die Kindergärten zu bringen, beziehungsweise Geld dafür den Erzieherinnen zu lassen. Die waren sehr begeistert von dem Zahnputzprojekt. Irgendwann waren die Zahnbecher weg. Der Hygienefeldscher habe aus hygienischen Gründen das Putzen untersagt, da nicht gewährleistet sei, dass die Kinder die Zahnbürsten nicht verwechselten. Ich zitiere eine Mitarbeiterin: *Aber wir haben die Becher jetzt versteckt und machen es trotzdem.*

Hilfstransporte wurden und werden von vielen Initiativen durchgeführt. Wir sammeln in der Kleiderkammer alles, was von Familien, sozialen Einrichtungen, Schulen und Kindergärten gebraucht werden kann. Nähmaschinen, Stoffe, Wolle, Langlaufski, Kinderwagen, Rollstühle, Tischtennisplatten, Musikanlagen, elektrische Klaviere, Kleider, Schuhe, Waschpulver, PCs, Fahrräder und Ersatzteile für drei Schulwerkstätten und vieles mehr. Die Transporte sind für die Menschen natürlich eine große Unterstützung. Aber sie bewirken auch, dass das Thema Tschernobyl bei *uns* nicht vergessen wird.

Über alle Parteigrenzen hinaus stimmte unsere Stadtverordnetenversammlung vor zwei Jahren einer offiziellen Städtepartnerschaft zwischen Dietzenbach und Kostjukovitschi zu. Der Wunsch war von Kostjukovitschi ausgegangen, gerade in der Zeit des Dekretes 555. Bisher sieht es so aus, als ob durch die Städtepartnerschaft die bürokratischen Hürden ein bisschen niedriger geworden sind.

Viele Initiativen kümmern sich um besondere Kinder. In Kamenz, Sachsen, finden zweimal im Jahr vierwöchige Erholungsaufenthalte statt, Leben mit Diabetes, einem Leiden, das nach Tschernobyl zunehmend bei Kleinkindern auftritt, weil die hoch empfindliche Bauchspeicheldrüse bereits im Embryonalstadium durch die Aufnahme von Strontium und Cäsium der Mutter in ihrer Entwicklung gestört wird.

In Rostock werden hörgeschädigte Kinder während des Erholungsaufenthaltes mit Hörgeräten versorgt. Andere laden Kinder nach Chemotherapie ein, oder die Lüneburger Gruppe ermöglicht an Asthma erkrankten Kindern Sanatoriumsaufenthalte auf Usedom. Asthma ist auch eine der Krankheiten, die seit Tschernobyl aufgrund des geschwächten Immunsystems zugenommen haben.

Allen Initiativen ist die Suche nach Geld gemeinsam. Bei Benefizveranstaltungen, Sponsorenläufen in Schulen, Sportveranstaltungen, auf Flohmärkten, in Spendenbriefen oder Zeitungsberichten wird immer wieder die Tschernobylkatastrophe thematisiert. Es ist das große Verdienst aller Gruppen hier und in Belarus, über Jahrzehnte kontinuierlich zu mahnen und zu helfen. Ob sich in den Köpfen der Elterngeneration Entscheidendes verändert hat, ist schwer einzuschätzen. Den Kindern aber haben wir neue Wege gezeigt. Wir konnten sie neugierig machen und sie



zum Lernen motivieren, auch neue Sprachen zu lernen. Nicht nehmen können wir ihnen die schreckliche Tschernobylhypothek.

"Tschernobyl wütet in den Genen", Zitat eines französischen Kollegen, Michael Fernet. Sieben Generationen lang, zweihundert bis dreihundert Jahre, bis Strontium und Cäsium aus dem biologischen Kreislauf verschwunden sind. Schon jetzt die bedrückende Erfahrung, 30% ungewollt kinderlose Ehen.

Während des IPPNW-Kongresses letzte Woche erzählte eine Lehrerin, *in den drei ersten Monaten dieses Jahres starben in unserem 180-Seelen-Dorf vier Menschen unter 60 Jahren, drei an Krebs, einer an einem Herzleiden, bei einem zwölfjährigen Mädchen wurde Knochenkrebs diagnostiziert. Svetlana sagt, das ist keine Statistik, das ist unser Leben.* Statistik ist dies: Regelmäßig bekomme ich die Todesstatistik vom Krankenhaus. Bereits seit einigen Jahren wird nicht mehr an Krebs gestorben, sondern am Infekt, Alkohol, Herzschwäche, Unfällen oder Vergiftungen. In der Gebietsstadt Mogilow werden die Statistiken vorbereitet, Zitat: "Um unsere Prämien nicht zu verlieren, schreiben wir, was sie vorgeben."

Die Statistik für 2010 listet als Todesursache vorwiegend Altersschwäche auf. Wenn ich dann noch während des IPPNW-Kongresses erfahre, von einem ehemaligen WHO-Mitarbeiter der höheren Ränge, der es wissen könnte, dass in Lukaschenkos Beraterenteam auch jemand von der IAEA sitzt, wird deutlich, dass sich zwei teuflische Systeme verbunden haben, die Atomwirtschaft mit einer Diktatur. Danke.

### **Oliver Kaczmarek**

Vielen Dank Frau Siedentopf für den Vortrag und die plastische Schilderung der Arbeit, die Sie ja alle in den Gegenden machen. Neben mir sitzt meine Kollegin Uta Zapf, die seit 1990 Mitglied des Bundestages ist, dem Auswärtigen Ausschuss angehört und Vorsitzende der deutsch-belarussischen Parlamentariergruppe ist, und dem einen oder anderen von Ihnen deshalb vielleicht bekannt ist. Wir haben in der vergangenen Woche im Plenum über viele Möglichkeiten debattiert, wie wir die Arbeit der Initiativen unterstützen können. Ich würde dich um deinen Wortbeitrag bitten.

### **Uta Zapf**

Vielen herzlichen Dank, Oliver. Das ist das dritte Mal, dass wir eine so geartete

Veranstaltung zum Gedenken an dies Unglück von Tschernobyl machen und zweimal war ich diejenige, die das organisiert hat. Aber eigentlich geht es auf Peter Junge-Wentrup zurück, der hier vorne sitzt. Er betreut diese Initiativen, die es in Deutschland ganz zahlreich gibt und ist auch eine große Lobby. Ich werde nachher noch ein bisschen auf dein Wirken kommen, Peter.

Diesmal hat vor allen Dingen Oliver Kaczmarek zu verantworten, dass diese Veranstaltung zustande kommt, und ich bin froh, dass es so ein breites Interesse in meiner Fraktion gibt, mit René Röspel und anderen, die sehr interessiert sind. Warum sind wir als Politiker und Politikerinnen interessiert? Ich kann Ihnen das an meinem Fall schildern.

Als dieses Unglück von Tschernobyl passierte, war ich Kommunalpolitikerin. Ich habe mich um Kindergärten und Ähnliches gekümmert, also im sozialen Bereich. Als es dann ruchbar wurde, dass es auch bei uns im schönen Hessen Niederschläge gab, die schädlich sind für die Kinder, für die Menschen, haben wir alles Mögliche unternehmen müssen, Frank-Walter Steinmeier hat das vorhin schon geschildert.

Wir haben unser Spielmobil, das war etwas, was im Mai bei uns für die Kinder auf die Wiese geschoben wurde, in eine Turnhalle gestellt. Wir haben die Sandkästen ausgetauscht, wir haben uns mit den jungen Müttern beschäftigt, weil die Angst hatten: *Was können wir denn essen, was können wir unseren Kindern geben, ist die Milch belastet*, usw..

Ich denke, unter diesem Gesichtspunkt ist etwas ganz wichtig, was heute hier geschildert worden ist, auch, wenn es eine Kontroverse darum gegeben hat. Frau Dr. Claußen hat auf die gesundheitlichen Folgen hingewiesen. Das Problem WHO, IAEA wurde angesprochen. Aber auch das Problem von Gutachten ist hier zitiert worden.

Ich glaube, wir müssen uns, und das ist auch etwas, was Fukushima befördern könnte, noch viel mehr mit diesen schädlichen Folgen der Nutzung nuklearer Energie beschäftigen, und zwar nicht nur, wenn etwas passiert, sondern eben auch, was wir, war wir ja auch in Deutschland schon als Diskussion hatten: Wie betroffen sind die Menschen, die in der Nähe eines Kernkraftwerkes wohnen? Es wird immer gelegnet,

obwohl es natürlich auch andere Ärzte gibt, die sagen, das ist schädlich. Ich halte das unter diesem Gesichtspunkt für eine wichtige Diskussion.

Dass es hier eine kleine oder vielleicht auch eine größere Kontroverse um dieses CORE-Programm gegeben hat, kann ich als Politikerin sehr gut verstehen. Ich finde es ganz, ganz wichtig, dass wir solche Initiativen wie Amnesty haben, die sehr scharf die Menschenrechte einfordern. Und ich finde, der junge Mann aus Baden-Württemberg, der ja mit Herzblut auch eintritt für die Rechte der Menschen, die von diesem Unglück betroffen sind, hat ja Recht. Solche Menschen brauchen wir.

Aber ich bitte zu berücksichtigen, was Botschafter Frick gesagt hat, die Frage für Diplomatie, die Frage für Politik, stellt sich ein bisschen anders. Und bin selber als jemand, der im Rahmen der OSZE-Parlamentarierversammlung die Working Group for Belarus leitet, sehr gescholten worden, weil ich überhaupt mit der Administration spreche, weil die ja so repressiv ist. Es geht auch darum zu sagen, wie können wir durch diplomatische Mittel etwas bewegen. Da muss man sich nicht den Mund verbieten lassen, aber man muss selbstverständlich, wenn es darum geht, Projekte anzuschieben, die auch den Menschen zugute kommen, wie es die OSZE tut, wie es die EU versucht, auch mit der Administration, mit der Regierung zusammenarbeiten. Das wird überhaupt nicht zu vermeiden sein, deshalb, glaube ich, sollte man diese Kontroverse nicht als einen Widerspruch im Verhalten zu Belarus und seinen Menschen sehen, sondern als verschiedene Wege des Versuchs, etwas Positives zu bewirken.

Ich muss noch mal sagen, ich mache das schon ziemlich lange als Mitglied der deutsch-belarussischen Parlamentariergruppe und als Mitglied dieser Working Group in der OSZE. Ich habe immer nur europäische, aber insbesondere deutsche Botschafter erlebt, die mit großer Mühe, aber mit gutem Erfolg, diesen Spagat zugunsten der Menschen in Belarus diplomatisch bewältigt haben.

Mein erster Besuch, wo ich hautnah miterlebt habe, welche Situation es nach Tschernobyl in Belarus gab, war, glaube ich, 1993. Da war ja schon etliche Zeit ins Land gegangen, aber wir haben Leute getroffen, die trotz Evakuierung einfach in der Ausschlusszone wohnen geblieben sind. Nicht in der 30-Kilometerzone, die Sperrgebiet ist, aber darum herum.

Wir haben ein ganzes Dorf getroffen, ich weiß nicht, ob es jetzt noch dort lebt oder auch evakuiert ist, wo wir mit der Dorfgemeinschaft, mit dem Sowjet, eine Unterhaltung hatten, wo die da saßen und sagten, *wir müssen einfach hier weiterleben, wir haben sonst keine Chance*. Die haben dort gelebt, und ich nehme an, dass ganz viele heute sehr schwer krank geworden sind.

Wir haben ein in meinen Augen uraltes Ehepaar getroffen, vielleicht war es auch die Schwere des Lebens, die sie uralte Wirken ließ, in ihrem kleinen Häuschen in dieser Zone, die eigentlich evakuiert sein sollte. Bitterarm, die hatten nur einen Stuhl, wir waren glaube ich zu fünft in der Delegation. Die konnten uns keinen Stuhl anbieten. Der Kleiderschrank war ein Nagel an der Wand. Die hatten ihr Schweinchen, ihre Hühner und ihren Gemüsegarten und bekamen ab und zu mal von außen noch humanitäre Unterstützung. Die sagten einfach, *wir gehen da nicht weg*. Das ist etwas, was einen emotional anrührt.

Andere, die evakuiert waren, haben uns erzählt, wie unglücklich sie in der neuen Umgebung waren. Die menschliche Dimension eines solchen Unglückes müssen wir auch mitdenken, wenn wir Konsequenzen ziehen. Deshalb kann ich allen nur zustimmen, die sagen, ja, wir müssen raus aus dieser Energie, und das so schnell wie möglich.

Ich komme jetzt noch mal auf etwas, was auch Astrid gesagt hat, was auch mit dem IBB und Junge-Wentrup zu tun hat. Es gibt ja Gott sei Dank immer noch ein Hilfsprogramm der deutschen Bundesregierung für Belarus. Man muss sagen, da hat sich Peter Junge-Wentrup wirklich Meriten verdient, er ist nämlich einer, der mit großem Nachdruck sagt, *ihr müsst da etwas tun*. Und dann greift er erstmal nach den Sternen und sagt, wir brauchen zehn Millionen Euro. Am Schluss kriegt er fünf, und das finde ich ganz bewundernswert, diese Strategie, aber auch dieses Herzblut, was bei ihm dahinter steckt.

Ich glaube, deshalb sind diese Initiativen, die mit Belarus zusammenarbeiten, beim IBB in guten Händen. Das Programm hat ja eine andere Dimension als nur die Hilfslieferungen. Es hatte einen sozialen, aber auch einen demokratischen Effekt, und deshalb werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass das Programm nicht ausläuft, sondern dass es im nächsten Haushalt wieder verankert wird. Ich sehe im

BMZ den politischen Willen. Wir werden uns dafür einsetzen, mit den Umweltpolitikern, mit allen, die mit Entwicklungshilfe zu tun haben. Wir werden unsere Haushälter bedrängen, die manchmal etwas anders denken als wir.

Ich bin aus dem Wahlkreis, wo Dörte Siedentopf ihre Tätigkeit hat, die Nachbargemeinde von der, wo ich wohne. Ich finde, Dörte, du hast dein Licht ein bisschen unter den Scheffel gestellt. Was diese Initiative alles geschafft hat, um gute Beziehungen aufzubauen, nicht nur über die Kinderbesuche, wo für die Gesundheit der Kinder etwas getan wird - das machen viele Initiativen, auch andere in meinem Wahlkreis -, sondern was da an freundschaftlichen Beziehungen entstanden ist, die über Nähmaschinen hinaus ja noch viel mehr Bedeutung haben.

Du hast sehr bescheiden verschwiegen, was ihr mit Schulen gemacht habt: Schulen mit Computern versorgt, was ja nicht einfach ist, da muss ein ganz anderes Programm aufgespielt werden, weil es eine andere Schrift gibt, eine andere Sprache, und das in nicht zu geringem Umfang.

Und dann die Überzeugungsarbeit vor Ort, wo sie wirklich ganz viele auch junge Leute mitgenommen hat, das zu unterstützen. Ich finde auch wichtig, dass die jungen Leute diese Dinge bemerken, akzeptieren und für sich als zukünftige Aufgabe begreifen. Das ist für mich wichtig, ich bin alt, ich werde auch nicht mehr lange so eifrig Politik machen können, dass es uns gelingt, auch junge Leute zu begeistern, auch solche jungen Leute wie Oliver, die das mit sehr großer Energie aufgenommen haben. Das ist wichtig, damit es nicht verloren geht.

Und Herr Botschafter, Sie wissen, dass ich jemand bin, der die Regierung und die Vorgänge in Belarus stark kritisiert. Aber Sie wissen auch, dass ich jemand bin, dem es am Herzen liegt, dass es Ihrem Land gut geht. Und ich bitte, dass Sie das nicht vergessen.

**Oliver Kaczmarek**

Vielen Dank Uta Zapf. Gibt es aus Ihren Reihen Wortmeldungen?

**Ute Siebert**

Ich bin heute für die philosophisch-politische Akademie hier, die übrigens über Willi Eichler und andere wichtige Persönlichkeiten aus der Historie der SPD mit dieser

Partei sehr eng verbunden ist. Das nur nebenbei. Ich habe im Rahmen des Förderprogramms Belarus, das unter anderem Herr Junge-Wentrup hier vertritt, etwa zehn Jahre sehr aktiv mit sehr engagierten belarussischen Kollegen in verschiedensten Bildungsprogrammen gearbeitet, in allen möglichen Einrichtungen, Schulen, Universitäten, usw.

Ich finde richtig, was Frau Zapf gesagt hat. Es gibt auf jeden Fall die zwei Wege, sehr radikal zu fragen und zu arbeiten, wie das eben zwei Redner getan haben, und es gibt den ebenso wichtigen diplomatischen Weg. Ich möchte auf eine Erfahrung aufmerksam machen, die ich in meiner Zusammenarbeit nicht nur mit belarussischen Kollegen auf dem Bildungssektor, sondern auch in Gesprächen mit Vertretern der Administrationen machen konnte.

Es ist auch wichtig, dass wir eine Haltung mitbringen, gegen die ich auf deutscher Seite immer wieder Verstöße empfinde, dass wir nämlich mit allen Menschen, denen wir dort begegnen, auf Augenhöhe umgehen und nicht meinen, wir hätten die Wessiweisheit mit Löffeln gefressen. Wir sollten nicht unterschätzen, welchen Widerstand wir manchmal damit hervorrufen, der uns dann auf sehr feine Weise entgegengebracht wird und uns in der Zusammenarbeit eher behindert. Ich möchte alle um sehr große Vorsicht bitten und um *Achtung* vor der Leistung der belarussischen Kollegen, die uns in ganz vielen Dingen auch voraus sind.

### **Margret Dort**

Ich komme aus Kassel und gehöre zu der Gruppe *Frauen nach Tschernobyl*. Ich wollte eine Verständnisfrage stellen. Ich hörte gestern, dass von Lukaschenko dieses Strahlenmoratorium völlig eingestellt worden ist und man damit rechnen muss, dass um Tschernobyl herum erstens vielleicht abgebrannte Brennelemente zurückgeführt werden, die dort dann gelagert werden, und dass auch wieder Dörfer neu entstehen sollen im verstrahlten Gebiet, ebenso auch wieder neu Landwirtschaft – nach dem Motto: Es gibt keine Radioaktivität mehr. Jetzt bin ich etwas verwirrt, weil Frau Sahn sagte, dass wieder ein neues staatliches Programm aufgelegt worden ist. Nun kann sein, dass ich das verwechsle mit Belarus oder Weißrussland. Darauf würde ich gern eine Antwort haben.

## **Astrid Sahm**

Ich kann Ihnen ein paar Stichworte dazu sagen, auch wenn ich keine Naturwissenschaftlerin bin, die zu konkreten Detailfragen Auskunft geben kann. In jedem Fall befindet sich der Reaktor in der Ukraine. Deswegen kann es in diesem Falle, was Belarus angeht, überhaupt nicht um Brennstäbe gehen.

Wenn das Thema der Rückkehr und Wiederansiedlung aufkommt, müssen wir auch unterscheiden zwischen der 30-Kilometer-Sperrzone und den Regionen, die als belastet gelten. Das sind Regionen mit dem Recht auf Umsiedlung, die in den 90er Jahren vollständig zur Umsiedlung vorgesehen waren, wo dann aber ein Umsiedlungsstopp verhängt wurde, weil, wie Frau Zapf es dargestellt hatte, die Menschen aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr umsiedeln wollten, nicht nur, weil in der wirtschaftlichen Krise dem Staat das Geld ausging. Da waren auch immer wechselseitige Prozesse im Gange.

Wenn es im Augenblick um Rückkehr oder Wiederansiedlung geht, geht es immer um die Frage, dass neue Siedlungen in diesen Regionen gebaut werden, die verstrahlt sind, die aber nicht als Sperrzone gelten. Es gibt keine staatlich geförderte Rückkehr in die Sperrzone. Da gibt es einige Selbstansiedler, vor allen Dingen ältere Menschen, die an ihrem Geburtsort auch sterben möchten. Aber das ist kein weit verbreitetes Phänomen.

Zur Landwirtschaft: Ich habe die Zahlen jetzt nicht ganz genau im Kopf, aber es sind etwa 20% der landwirtschaftlichen Nutzfläche von Tschernobyl betroffen worden. Ein geringerer Teil wurde vollständig aus der landwirtschaftlichen Nutzung genommen. Dort ist bisher nur ein Bruchteil wieder für nutzbar erklärt worden. Auch hier ist das kein Massenphänomen.

Es gibt in der Tat umfangreiche Untersuchungen und Forschung dazu, mit welchem Methoden, Einsatz von Düngemitteln usw. man Landwirtschaft betreiben kann, so dass die Lebensmittel nur Belastungen unterhalb der Grenzwerte aufweisen. Da gibt es durchaus Wege. Für mich ist immer die Frage, ob das dann eine wirtschaftlich rentable Landwirtschaft sein kann. So weit ich es beurteilen kann, ist das unwahrscheinlich. Es wird immer eine subventionierte Landwirtschaft sein. Das ist deswegen ein sehr problematischer Weg.

Aus meiner Sicht ist es wesentlich wichtiger, andere wirtschaftliche Aktivitäten in diesen Regionen zu fördern, jenseits von Landwirtschaft oder von Produktionen, die mit Naturmaterialien, die belastet sein können, zu tun haben. Ich denke, wenn man an wirtschaftliche Rentabilität denkt, wäre das wesentlich Erfolg versprechender.

Was die Messstellen angeht, kann es sein, dass darauf angesprochen wurde, dass das Institut in den 90er Jahren mit Unterstützung des staatlichen Tschernobylkomitees ein sehr umfangreiches System von Kontrollstellen für Lebensmittel aufgebaut hatte und dort die staatliche Finanzierung Anfang 2002 oder 2003 eingestellt wurde, so dass das Institut sein Messstellennetz weitgehend einstellen musste und nur ein kleiner Teil mit privaten Spenden aufrecht erhalten werden kann.

Es gibt aber sehr wohl staatliche Messstellen, wo auch die Bevölkerung hingehen könnte, beispielsweise auf Märkten, was allerdings kaum genutzt wird. Von daher kann man nicht sagen, dass es gar keine staatlichen Kontrollen mehr gibt. Was fehlt, und was für die deutsche Gesellschaft beispielsweise selbstverständlich ist, ist, dass man alternative Kontrollmöglichkeiten in großem Umfang hat. Es würde auch gesamtgesellschaftlich Vertrauen schaffen, wenn es eine solche Vielfalt unterschiedlicher Informations- und Kontrollmöglichkeiten gäbe. Das fehlt.

## **Erwartungen an die Politik**

### **Marco Bülow – Moderation**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, ich bin der atompolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Wir haben weitere Gäste hier, die eine Menge zu erzählen haben. Wir machen eine kleine Diskussionsrunde, wollen aber vor allen Dingen in diesem Bereich auch Ihnen, euch, die Möglichkeit geben, sich noch stärker in die Debatte einzubringen.

Es ist interessant, jeder erinnert sich ziemlich genau daran, was er vor 25 Jahren gemacht hat. Ich bin so zur Politik gekommen, wegen Tschernobyl, weil ich mich damals gefragt habe: Was ist denn da passiert und warum gibt es keine Alternativen? Viele von Ihnen wissen sicherlich auch noch, was sie vor 25 Jahren gemacht haben.

Ich freue mich, dass wir sehr viele junge Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben, die sich das natürlich nicht fragen können. Aber sie wissen wahrscheinlich genau, was sie



zu Fukushima gemacht haben, weil leider die gleichen Debatten jetzt wieder geführt werden, obwohl man doch so viel schlauer sein könnte.

Ich beginne mit der ersten Runde, begrüße Sie gleich noch mal einzeln und stelle den Gästen aber gleich die Frage, was Sie vor 25 Jahren gemacht haben, und vor allen Dingen, wie sich das praktisch auf Ihre Organisation und in Ihrem Bereich ausgewirkt hat, und welche Initiative da gerade vordringlich ist.

Ich begrüße als erstes Frau Professor Gruschewaja. Sie ist die Präsidentin der internationalen Assoziation für humanitäre Zusammenarbeit, Stiftung für Kinder aus Tschernobyl und Minsk. Ich begrüße Dr. Brüggemann von Heimstatt Tschernobyl, Chefarzt für Innere Medizin. Er ist ein Fachmann, der uns sicherlich noch einiges erzählen kann. Jeder wird es mir nachsehen, dass ich mich darüber besonders freue, weil der Geschäftsführer des IBB aus Dortmund kommt, nämlich aus meinem Wahlkreis. Aber genug des Lokalkolorits. Ich freue mich, dass alle drei da sind und wir jetzt in die Diskussion kommen.

Frau Professor Gruschewaja, was haben Sie vor 25 Jahren gemacht? Wie hat sich das auf Ihre Arbeit ausgewirkt und was ist jetzt das vordringliche Ziel?

### **Irina Gruschewaja**

Das ist eine sehr schwere Frage. Ich möchte erstmal alle begrüßen, Mitstreiter und Mitstreiterinnen, besorgte Bürger in Deutschland. Das ist für uns immer eine Inspiration gewesen, in Deutschland so viel Unterstützung zu bekommen für unsere Ideen und Visionen. Komischerweise hatten wir mit unserer Organisation immer aus Deutschland die Impulse bekommen können, die wir richtig umsetzen können.

Wenn ich sage *wir*, dann meine ich die belarussische gemeinnützige Stiftung *Kinder von Tschernobyl*, die die Bürgerinitiative der ersten Stunde war, die versucht hat, die *Wahrheit* zu erfahren. Die *Wahrheit* ist ein Schlüsselwort für später geworden. Drei, vier Jahre nach Tschernobyl haben wir begonnen, nach der Wahrheit zu suchen. Was ist mit uns, mit den Menschen in den betroffenen Gebieten, im betroffenen Land Belarus, das 70% der Radioaktivität abbekommen hat? Was ist mit uns, mit den Menschen?

Das ist eine technologische Katastrophe gewesen, das war aber in der Ukraine. Was hatten wir, die Belarussen, damit zu tun? Davon hatten wir wenig Ahnung. Oder wir haben es schon *geahnt*, weil irgendwelche Gerüchte durchsickerten. Aber genau wussten wir nichts. Erst durch die Perestroika, durch Glasnost, d.h. Transparenz, durch die Wahrheit, haben wir Menschen erfahren, dass wir einfach einem schleichenden Tod ausgeliefert wurden, einem Tod auf Raten. Das können wir heute, 25 Jahre nach dem Unfall, bestätigen, weil alleine in unserem Vorstand 14 Menschen an verschiedenen Arten von Krebs gestorben sind, die in Minsk gelebt haben und Verwandte in den verseuchten Gebieten hatten. Sie sind nicht einmal 50 gewesen.

Heute sind auch die übrig gebliebenen Aktivistinnen und Aktivisten nicht gesund. Leukämien, Lungenkrebs, Schilddrüsenkrebs, Operationen, Angewiesensein auf die Ärzte, auf Chemotherapien, auf die Aufenthalte in überfüllten Kliniken. Das ist bitter und das ist schrecklich. Als wir damals vor 25 Jahren arglos den Menschen in der Ukraine geholfen haben, haben wir nicht einmal gedacht, dass diese Katastrophe uns auch ereilt hat.

Aber nachdem wir das erkannt haben, bin ich persönlich zusammengebrochen. Ich war ein sehr lustiger Mensch, aber ich habe für vier Monate stumm werden müssen, ich musste meine Mutter bitten, meine Kinder zu versorgen, weil ich damals ganz genau wusste, das war die tiefe Erkenntnis, es ist aus mit uns. Ein bisschen tot oder ganz tot? Was für ein Unterschied? Das war eine Erkenntnis, die zuerst abgebrannt hat.

Aber wie lange kann der Mensch in dieser Opferrolle bleiben? Das Leben hat gezeigt, nicht sehr lange. Und wenn ich jetzt hier die Aufschrift sehe, *Tschernobyl - Ursache, Folgen, Opfer*, da fehlt mir noch ein Wort, das bürgerliche Engagement. Und sie sind da, die Menschen, die gerufen wurden, die sich angesprochen fühlten und die sich auf den Weg gemacht haben im vollen Bewusstsein, das ist unser gemeinsamer Tschernobyl-Weg.

Deshalb sind wir keine Zeitzeugen, wir sind Augenzeugen, und wir leben nicht *nach* Tschernobyl. Zuerst haben wir auch unsere Gruppen und Tagungen *Leben nach Tschernobyl* genannt, weil wir noch in dieser Psychologie befangen waren, dass ein Krieg ein Ende hat und danach sind wir diejenigen, die die Folgen mehr oder weniger

reparieren können – und dann kommt ein anderes Leben. Es kommt kein anderes Leben! Es ist das Leben *mit* Tschernobyl!

Ich gebrauche sehr gern das Bild von einer Pyramide mit der Spitze nach unten. Je weiter wir von dem Tag der Katastrophe weggehen, desto mehr Menschen gehen diesen Weg des Todes auf Raten. Wenn ich heute Fukushima sehe und die Menschen, die dort vor der Kamera stehen und uns sagen, *ich gehe von hier nicht weg, ich habe den Zweiten Weltkrieg überlebt, ich überlebe das auch*, dann muss ich nur bitter den Kopf schütteln. Nein, es gibt keine Auferstehung nach Tschernobyl. Es gibt für Tausende von Jahren keine Heilung für die Erde. Es ist unser menschlicher Irrtum, unsere blinde Hoffnung darauf, dass alles besser wird.

Selbst vertrösten – das dürfen wir nicht. Wir müssen alle Kräfte dafür verwenden, noch mehr als davor, um zuerst den Drachen zu bändigen. Was nützt es, die Kinder retten zu wollen, wenn der Drache weiterlebt und nach ihrem Leben trachtet? Da sind die jungen Leute, die bekommen das mit. Und Fukushima ist eine Steigerung von Tschernobyl, wenn wir aus Tschernobyl nichts gelernt haben.

Das habe ich auch verstanden, wir haben wirklich wenig gelernt. Wenn Deutschland, das fortschrittlichste Land, in meinen Augen das bewussteste Land, einen Ausstieg aus dem Ausstieg vornimmt, auf wen sollen wir dann hoffen? Für uns ist jetzt die einzige Hoffnung, dass die besorgten Bürger mindestens in *einem* Land den endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft schaffen. Das ist für die anderen dann ein Lichtchen im Fenster, wie wir im Russischen sagen.

Sie haben gefragt, was wir gemacht haben. Dieses Leben mit Tschernobyl ist hart. Aber wir dürfen nicht vergessen, nicht nur die Menschen, die gestorben sind, sondern auch diejenigen, die trotz vieler, vieler Schwierigkeiten und Fehler das Leben doch bejahen. Auch wenn es makaber klingt, es hat etwas Positives gebracht, es hat uns miteinander verbunden. Wir haben einander erkannt.

Was Deutschland betrifft, haben wir eine schreckliche Geschichte. Mein Vater ist an den Folgen des Zweiten Weltkrieges gestorben. Er hatte eine deutsche Kugel in der Brust, die ihn 1975 erreicht hat, so viele Jahre nach dem Krieg. Ich weiß, was das in

seinem Bewusstsein bedeutete oder im Bewusstsein meines Schwiegervaters, der den ganzen Krieg durch marschiert und bis Berlin gekommen ist.

Einst Feinde. Und heute? Gehen Sie in ein weit entferntes Dorf in Belarus, in Karamino nicht weit vom Tschernobylreaktor, da warten die Menschen fast sehnsüchtig auf die Freunde aus Deutschland. Wenn die Deutschen kommen, biegen sich die Tische. Jeder von Ihnen weiß das. Ich nehme an, alle, die hier sitzen, sind mindestens einmal in Belarus gewesen.

Aber das macht uns alle traurig: Das große Engagement der Menschen, die soziale Zusammenarbeit, die soziale Zusammenarbeit mit der Regierung, die Subsidiarität, die demokratische Partizipation, das haben wir alles hier im Westen gelernt und umsetzen wollen. Diese soziale Erfahrung *lässt* sich übertragen. Es ist nicht so, dass einige kopfschüttelnd sagen, *ach, was willst du, Irina, ihr müsst doch noch zweihundert Jahre diese Werte und dies Demokratieverständnis wachsen lassen*. Nein, nicht zweihundert Jahre, aber schon ein paar Jahrzehnte, aber in die richtige Richtung.

Leider hatten wir einen Schnitt in unserer Geschichte. Tschernobyl ist zu einem Alibi-Politikum geworden. Ich meine damit, es *wird* schon ein nationales Programm für die Beseitigung der Folgen von Tschernobyl entworfen. Es *werden* schon Konferenzen zum 20., zum 25. oder überhaupt zu den Jahrestagen von Tschernobyl durchgeführt. Unser Präsident besucht auch die verlassenen Dörfer und gibt den Menschen Zuversicht, *ich mache alles richtig und ordentlich und Sie werden hier versorgt*. Das gibt es, auch die Erholungsreisen der Kinder im eigenen Land gab es immer. Ich glaube, die heutige Macht kann sich gar nicht leisten, Tschernobyl ins Archiv abzuschreiben, obwohl es ein großer Wunsch ist, weil an anderen Stellen alles gekappt wird.

Dafür gibt es viele Beispiele und Sie können mehr anführen als ich, weil Sie vor Ort arbeiten. Und wenn ein deutscher Pastor aus einem befreundeten Dorf nach Hause nach Deutschland kommt und gesteht, er wage nicht mal, in seinem Kirchenblatt zu schreiben, was er da an Veränderungen und entstandenen Strukturen beobachtet, weil er dann vielleicht nicht wieder nach Belarus fahren darf, zeigt mir das, dass das der Punkt ist. Wir brauchen viel Mut. Sie brauchen viel Mut mit uns, wir brauchen viel Mut bei uns – Mut und Wahrheit. Ohne diese zwei Ingredienzien können wir weder gegen

die Atomkraft noch gegen das Verschweigen und die Verheimlichung der Folgen kämpfen oder arbeiten.

Das ist für uns und für Sie sehr wichtig, Tschernobyl nicht ins Archiv abzuschreiben, nicht zu historisieren. Daher bin ich eigentlich gegen diese Wortwahl. Peter weiß es, wir haben uns schon auseinandergesetzt. Wir brauchen nicht die Erinnerungskultur, weil wir damit irreführen. Wir sollen *heute* ganz genau hinsehen, was passiert nach Tschernobyl, im vom Tschernobyl betroffenen Land. Wo sind die Statistiken? Die Zahlen deskribieren kosmische Entfernungen. Warum ist niemand interessiert, die Wahrheit über uns zu wissen?

Wir haben sechs Kongresse durchgeführt. Mit *wir* meine ich die Bürgerbewegung. Wo ist die Bürgerbewegung heute? Das sind Inseln geblieben, weil die Nicht-Regierungsorganisationen, die die politischen Fragen aufwerfen, nicht gewollt sind. Sie werden auf verschiedene Art und Weise bedrängt und ausgeschaltet.

Und die Menschen haben Angst. Wenn ein deutscher Pastor in Deutschland Angst hat, in seinem Kirchenblatt die Wahrheit zu schreiben, was können wir von unseren Menschen verlangen und erwarten? Wir brauchen Solidarität mit unserem Zustand, um die Angst zu bewältigen. Im vergangenen Jahr sind viele ehemalige Kinder von Tschernobyl auf die Straße gegangen, um ihre Wahrheit einzufordern. Sie wissen, wie es beendet wurde, sehr bezeichnend – die eingeschlagenen Köpfe.

Vor dem 19. Dezember haben wir *nie* eine solche Brutalität von unserer eigenen Regierung erlebt. Es gab schon Verhaftungen, es gab Restriktionen und Beschränkungen. Wir haben es kritisiert, wir haben damit gelebt. Aber am 19. Dezember ist etwas passiert, was wir nicht begreifen, dass gegen das eigene Volk so brutal vorgegangen wurde.

Haben wir die Hoffnung, unsere Meinung zu sagen, dass wir besorgt sind um unsere Kinder und Enkelkinder? Haben wir eine Hoffnung? Ich habe meine Vorträge immer genannt: Die Hoffnung im Land der Hoffnungslosigkeit. Und ich meinte damit, die Hoffnung sind wir, wir international, nicht nur wir Belarussen, die aufgestanden sind und versucht haben ihre Rechte einzufordern und etwas zu machen und zu helfen. Wir brauchen beides, die Wahrheit wissen und die *Folgen minimieren*, wie es so schön

hieß, oder, wie Astrid sagte, zu mindern. Das stimmt auch, man kann sie nicht beseitigen.

Aber wir brauchen sehr, sehr viel Kraft und Mut und vor allem den Ausstieg. Denn die Atombombe in der Hand einer Diktatur ist ein AKW. Und ein solches AKW ist schon signiert, es wird in Belarus gebaut. Aber Fukushima sagt uns mit diesem furchtbaren Desaster, diese Machtlosigkeit ist wieder da. Man vergisst, über den Plänen und im Schatten Russlands, der russischen Politik, entsteht wieder ein Herd der Bedrohung und Erpressung, auch für Westeuropa, aber vor allem für Belarussen.

Meine Mitstreiterinnen und ich finden es zynisch, ein Atomkraftwerk in Belarus zu bauen, wo überall Ausschluss- und Sperrzonen sind, wo die Menschen noch mit Tschernobyl zu leben haben. *Da* wird ein Atomkraftwerk gebaut und das Furchtbarste ist, dass die eigenen Einwohner, auch die politischen Oppositionellen meinen, es gibt keinen anderen Weg. Aber es ist überhaupt nicht wirtschaftlich begründet, sondern ein rein politischer Schritt.

Deshalb erwarten wir natürlich auch, dass gegen diese Pläne vorgegangen wird, gegen diesen Vertrag, der schon steht. Russland hat neun Milliarden versprochen. Die internationale Atomenergiebehörde war da und hat inspiziert – genau vier Tage nach Fukushima.

Wie viele Fukushimas sollen stattfinden? Wie lange sollen wir uns überlegen, welche Ausschlusszonen wir aufbauen sollen? 20 Kilometer, 30 Kilometer? Ich weiß nicht, ob ich weinen oder lachen soll. Wir wissen doch, dass die Strahlen um die ganze Welt gehen, dass sie *jeden* früher oder später erreichen. Was für ein gefährliches Spielzeug!

Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Menschen, die hier sind, bei den Menschen, die jeden Montag zur Mahnwache hier in Deutschland kommen. Ich bedanke mich bei den Politikern, die diese Gefahr verstanden haben und umdenken wollen. Wir *müssen* umdenken. Wir haben keinen anderen Weg, weil wir schon alle auf dem Tschernobyl-Weg und dem Fukushima-Weg unterwegs sind. Das ist der eine Weg. Den gehen wir. *Wie* wir ihn gehen, um unseren Nachkommen etwas vom Leben und von Lebensfreude zu überlassen, liegt jetzt an uns und nicht irgendwo weit weg.

Ich fühle mich sehr dadurch inspiriert, dass das Engagement nicht nachlässt. Wenn mir das Publikum hier auch zum großen Teil schon seit 20 Jahren bekannt ist, weiß ich trotzdem, dass die jungen Leute wach sind, wenn sie die Ausstellungen vom IBB besuchen, wenn sie zu den Mahnwachen und Kundgebungen kommen. Und ich begrüße Sie, wache Bürger. Dankeschön.

### **Marco Bülow**

Vielen Dank, Frau Gruschewaja. Das waren sehr bewegende Worte, deswegen wird es uns jetzt schwer fallen weiter zu machen. Wir werden es aber trotzdem versuchen. Es war richtig, das so zu sagen. Und das können sicher auch nur Sie und ein paar andere uns so vermitteln. Wir hatten heute Morgen im Ausschuss eine Journalistin aus Weißrussland, die auch viele klare Worte gefunden hat. Ich kann nur sagen, ich finde es sehr mutig, das zu tun, sein Engagement da rein zu setzen und solche klaren Bekenntnisse auszurufen.

Ich würde jetzt gern mit Herrn Dr. Brüggemann weitermachen und der Frage, die ich am Anfang gestellt hatte.

### **Lutz Brüggemann**

Herr Vorsitzender von Bülow, meine Damen und Herren, es fällt in der Tat etwas schwer, jetzt sachlicher zu werden, aber mir fällt eines ein: Wir hatten letzte Woche zwei Kongresse, einen in der Charité und einen in der Urania. Auf eine dieser Tagungen kam eine japanische Kinderärztin. Sie begann ihren Vortrag und musste weinen. Sie war kaum zu stoppen und es bedurfte der einfühlsamen Betreuung von Frau Claußen, die ja Psychiaterin ist, dass der Vortrag weiter gehalten werden konnte.

Ganz kurz zur Richtigstellung: Ich bin Pensionär. Ich bin 1986 zur IPPNW gestoßen, dann später zu Heim-statt Tschernobyl, seit jetzt etwa zwölf Jahren. In letzter Zeit bin ich intensiv in der IBB tätig. Im ersten Teil der Konferenz sind wir von Frau Kollegin Claußen über die weiter bestehenden verheerenden Folgen von Tschernobyl informiert worden. In der Nachfolge haben wir dann einiges von Tschernobylinitiativen gehört. Ich möchte noch mal kurz betonen, das sind alles Vertreterinnen von Zivilgesellschaft gewesen. Das ist kein Zufall, die meiste Tschernobylhilfe der letzten 25 Jahre ist in der Tat von NGO gekommen.

Aber eine große Hilfe war auch das Förderprogramm. Dieses Programm hat wirklich viel Gutes getan, viel Positives bewirkt. Herr Dr. Frick hat er mir einmal in einem Gespräch gesagt: "Durch das Förderprogramm ist die Zivilgesellschaft in Belarus deutlich gestärkt worden. Das muss man deutlich sagen. Es sind nicht nur die Pakete, die Kleider und der Austausch von Kindern und dies und das, sondern die Zivilgesellschaft hat einen unglaublichen Impetus bekommen."

Schwerpunkte der Hilfsmaßnahmen waren über viele Jahre eindeutig ganz an der Spitze die Erholungsaufenthalte der so genannten Tschernobylkinder und dann auch viele Hilfstransporte. Fast jeder in Deutschland kennt dies Wort *Tschernobylkinder*. Es gibt aber auch Initiativen und Vereine, die sich bewusst etwas anderes überlegt haben. Davon möchte ich beispielhaft einige wenige nennen. Es handelt sich in der Regel um Projektarbeiten.

Ein Beispiel ist die Errichtung eines ausgezeichneten Schilddrüsenzentrums in der Hauptstadt des am stärksten betroffenen Gebietes Gomel. Zweitens hatte die Stiftung des Landes Niedersachsen eine ganz kluge Idee: Sie haben Ärzte zur Ultraschalldiagnostik nach Deutschland eingeladen. Sie wurden trainiert und kriegten dann leihweise ein Ultraschallgerät. Nur, wenn sie dann gut damit gearbeitet haben, und das wurde wirklich überprüft, bekamen sie das Ultraschallgerät gespendet. Ich finde das eine sehr intelligente Lösung, denn ein Großteil der Entwicklungshilfe, das ist meine Wahrnehmung und ich bin sehr viel in der so genannten Dritten Welt und arbeite da in Slums, verschwinden Gelder, die an Staaten gegeben werden, in irgendwelchen Kanälen, meist bei der korrupten Elite. Dies Programm finde ich sehr intelligent, es hat mir sehr gut gefallen.

Das Dritte ist ein kleiner Berliner Verein, der Stipendien für dreimonatige Fortbildungsaufenthalte für belarussische Ärztinnen und Ärzte in deutschen Kliniken organisiert. Die sind dann in Belarus Multiplikatoren dessen, was sie hier gelernt haben. Das ist über sehr viele Jahre gemacht worden. Das ist eine ganz ausgezeichnete Idee. Das ist auch ein eingetragener Verein mit viel Engagement, viel Herzblut, viel privaten Spenden.

Das Vierte ist der Verein *Leben nach Tschernobyl*. Ziel dieses belarussisch-deutschen gemeinnützigen Projektes ist ein umfassendes gesundheitliches, pädagogisches und



psychologisches Angebot für Kinder in Belarus. Wie man heute immer so schön sagt, *ganzheitlich*. Hier stimmt das wirklich, glaube ich. Es ist wiederum natürlich speziell für Tschernobylkinder. Weiterhin kümmern sich die Menschen, die dort arbeiten, aber auch um Umweltschutz, Ökolandbau, erneuerbare Energien, Toleranz, Völkerverständigung und vieles andere.

Im Mittelpunkt der praktischen Arbeit steht das Kinderzentrum Nadeshda, ein wunderschönes Gelände. Das ist ein Projekt der Männerarbeit der evangelischen Kirche in Westfalen. Bislang konnten sich dort über 40.000 Kinder erholen.

Fünftens, und Sie verzeihen mir bitte, dass ich das ein wenig ausführlicher berichte, gibt es einen Verein, der mir am meisten am Herzen liegt. Das ist der vom Ehepaar Irmgard von Dietrich von Bodelschwingh 1992 gegründete Verein Heim-statt Tschernobyl. Dieser Verein hat einen besonderen Schwerpunkt, das ist die Umsiedlung junger Familien mit kleinen Kindern aus dem verstrahlten Gebiet. Es geht immer wieder um die Kinder und um das verstrahlte Gebiet. Ganz klar war bei der Gründung gesagt worden, wir müssen da was tun, wir machen etwas anderes, wir holen die Leute raus.

Jetzt kommt vielleicht das berühmte Argument vom Tropfen auf dem heißen Stein. Ich bin sehr oft in Ländern der Dritten Welt, in Slums, in Kalkutta und Bangladesch. Da frage ich mich auch immer, ob das alles nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

Also, wie geschieht das? Man geht in die Dörfer im verstrahlten Süden und fragt Familien mit kleinen Kindern, wollt ihr gemeinsam mit uns ökologische Häuser bauen? Diese Häuser werden dann im unverstrahlten Norden des Landes gebaut, und zwar mit belarussischen und deutschen freiwilligen Helfern, Jungen und Alten, Akademikern, Arbeitslosen und reisenden Gesellen.

Aber auch die späteren Bewohner müssen mitarbeiten, sonst kriegen sie das Haus später nicht, denn was geschenkt ist, ist nichts. Nicht Hilfe *zur* Selbsthilfe, Hilfe *durch* Selbsthilfe. Wir nennen das Ganze Individualhilfe, man hilft individuell einer Familie. So sind inzwischen 1500 Menschen da gewesen und haben mit den zukünftigen Bewohnern gebaut. Dazu gehören aber auch Mutter-Kind-Freizeiten nach dem Prinzip

des Müttergenesungswerkes, Elly Heuss-Knapp, die Älteren kennen den Namen noch, und andere Aktivitäten.

Zehn Jahre später kam noch ein anderer Aspekt zur Individualhilfe dazu, das ist die Strukturhilfe. Es wurde heute schon kurz erwähnt, es geht um die alternative Energie als direkte logische Konsequenz aus dem Tschernobyl-Desaster. So entstanden in den Dörfern und um die neuen Dörfer herum für die Tschernobylbewohner Windkraftanlagen, Solaranlagen, Holzpellettheizungen, alles, was mit erneuerbarer Energie zusammenhängt. Holzpellettheizungen sieht man nicht, die sind im Haus versteckt. Aber die beiden Windkraftanlagen, die ersten im Land, oder die Solaranlagen sieht man, das sind sichtbare Zeichen gegen den tödlichen Atomstrom.

Jetzt ist es auch gut, wenn man sich noch weiter Gedanken um die Energieeffizienz macht. Das kommt in der Debatte im Moment auch ein bisschen zu kurz – Sparen und Energieeffizienz. Es wurde eine Schilfplattenproduktionsanlage zur Häuserdämmung gebaut, die läuft auch gut. Und dann gibt es noch viele andere Dinge, die ich jetzt nicht berichten will. In letzter Zeit haben wir uns auch mehr um Medizin gekümmert. Wir haben ein Ambulanzzentrum in Belarus gebaut. Das ist das erste Niedrigenergiehaus mit allem, was man heute an regenerativer Energie machen kann, und es funktioniert ganz hervorragend.

Ich wollte nur diese Beispiele nennen, die anderen Organisationen und die Organisation Heim-statt Tschernobyl, um zu zeigen, wie lebendig die Zivilgesellschaft eigentlich sein kann. Aber gute Projekte brauchen leider auch gutes Geld. Viele dieser Initiativen haben vom Förderprogramm Belarus der Bundesregierung profitiert. Oft könnten es mehr Mittel sein. An Ideen für weitere Hilfsmaßnahmen mangelt es keiner Initiative. Insgesamt ist es ein sehr gut gelungenes Beispiel der Zusammenarbeit zwischen bürgerschaftlichem Engagement und der Regierung.

Wie soll es weitergehen? Die besonders seit Dezember schwierigen gesellschaftlichen Verhältnisse in Belarus haben zu einer deutlichen Verhärtung der offiziellen Beziehungen zwischen Westeuropa, ich nenne bewusst Brüssel und Berlin, und Minsk geführt. Wir als Hilfsorganisation denken aber, dass die Menschen in diesem so arg gebeutelten Land Belarus nicht vergessen werden dürfen, die Hilfe also unvermindert, vielleicht sogar verstärkt weitergehen muss.

Vor dem Hintergrund der noch viele hundert Jahre bestehenden Folgen der Tschernobylkatastrophe und auch wegen der tragischen Geschichte beider Völker müssen wir bei allen Gegensätzen der Regierungen den Menschen in diesem Teil Europas, und es ist das geografische Herz oder die geografische Mitte Europas, weiterhin zur Seite stehen und die Zusammenarbeit weiter partnerschaftlich entwickeln. Bitte helfen Sie uns dabei. Dankeschön.

### **Peter Junge-Wentrup**

Oliver, Marco und Uta, ganz herzlichen Dank, dass wir hier zusammenkommen können. Ich will eine Situation erzählen: Vor gut zwei Jahren war für mich die Frage: Wird es am 25. Jahrestag ein Gedenken an Tschernobyl geben? Wir merken selber, wie stark die Kräfte in den Initiativen nachlassen und wie stark andere Umweltkatastrophen auch in unserem Bewusstsein sind, wenn man an Australien denkt, an Pakistan, an China. Es gibt nicht nur eine Katastrophe. Wie kann ein Gedenken an Tschernobyl dann überhaupt noch vorkommen?

Für mich war und ist es kein Gedenken um des Gedenkens willen, sondern ein Gedenken an die Katastrophe von Tschernobyl für eine gemeinsame Zukunft ohne Atomenergie. Das ist der Kern. Bezüglich dieser Frage war ich vor zwei Jahren äußerst skeptisch. Heute muss ich sagen, wir sind doch sehr weit vorangekommen. Es hat diese kritischen Debatten im Bundestag gegeben. Das ist der Erfolg zivilgesellschaftlicher Initiativen und der Kooperation mit Abgeordneten an mehreren Punkten.

Es hat in den letzten Wochen, da ist die Bundesrepublik eher die Ausnahme, immer wieder eine sehr kritische Berichterstattung gerade nach Fukushima zu Tschernobyl gegeben, mit der Forderung, zu Veränderungen zu kommen. Viele sind aus diesen 50 Städten, wo wir jetzt die Ausstellung zeigen können, *25 Jahre Tschernobyl, Menschen, Orte, Solidarität*. Wir haben im Schnitt pro Woche 1500 bis 2500 Besucher in der Ausstellung, die kritisch nachfragen und sich mit diesem Thema auseinandersetzen.

Ich nenne dies als ein Hoffnungszeichen gleich am Anfang, einmal, dass diese Kooperation unter uns so gut geklappt hat und heute noch klappt und dass es diese Erinnerung in Deutschland an diese Katastrophe gegeben hat, die auch ein wesentliches Motiv dafür ist, dass bis in tief konservative Kreise hinein ein Umdenken

in Bezug auf Atomenergie stattgefunden hat und diese gemeinsame Zukunft nach vorne kommt.

Wir haben in den Trägerkreisen versucht zu definieren, was unsere zukünftigen Aufgaben sind und welche Forderungen wir für die Zukunft haben. 25 Jahre sind eine Generation. Eine der ersten Aufgaben, die sich meiner Ansicht nach stellen, ist, dass ein Erinnern an Tschernobyl stattfindet, ein Weitergeben dieses Wissens an die nächste Generation, damit nicht das Vergessen und Verdrängen erfolgt. Ich glaube, dass uns dies ein Stück gelungen ist. Wir möchten diesen Prozess des aktiven Erinnerns und Auseinandersetzens mit Tschernobyl auch als eine Aufgabe für die Zukunft sehen, die wir als Tschernobylinitiativen mitschultern und mittragen müssen.

Wir wollen in Charkow, im Osten der Ukraine, eine "Geschichtswerkstatt Tschernobyl" gründen, so wie es viele Geschichtswerkstätten in der gesamten Bundesrepublik gibt. Sie soll Anlaufstelle und Informationsstelle dafür sein, was Tschernobyl ausmacht, eine Anlaufstelle für Zeitzeugen und Informationsstelle für die vielen Initiativen in Europa – aktive Erinnerungskultur, verbunden mit einem solchen Projekt, als *eine* Aufgabe, die wir im Hinblick auf die Zukunft definieren.

Auch in der Zukunft wird die Hilfe für die Menschen im Mittelpunkt stehen, und dies sind die Liquidatoren und die Menschen, die in den verstrahlten Regionen leben. Wenn ich nach Belarus selber und in die Ukraine sehe, könnte ich Ihnen von vielen Erlebnissen der letzten Wochen berichten, wie bei den Autoritäten dieser Länder insbesondere die Liquidatoren keine Rolle mehr spielen. Man wünscht eigentlich nur, dass sie so schnell wie möglich sterben. Das ist die Haltung, die in der Politik dieser Länder anzutreffen ist.

Deshalb haben wir uns ja auch ganz bewusst entschieden, immer wieder Zeitzeugen zu jeder Ausstellung einzuladen und zu sagen: Sie sind auch ein Stück Retter von Europa, weit über die Grenzen ihrer Länder hinaus. Sie haben selber dazu beigetragen, dass wir heute so leben können, wie wir leben. Der Unfall von Tschernobyl hätte noch sehr viel dramatischer sein können. Für viele dieser Menschen ist es die letzte Lebensphase. Ich finde es notwendig und richtig, für sie da zu sein.

Das Förderprogramm Belarus kann helfen. Wir kriegen jetzt schlappe 800.000. Uta, ich wiederhole es, ich würde gerne anderthalb Millionen, zwei Millionen haben, und dann könnten wir noch viel mehr Projekte weitergeben. Da sind wir nicht kleinlich, genau wie Lutz gesagt hat, Ideen zu entwickeln, das weiterzumachen. Da für eine andere Summe zu kämpfen, finde ich absolut notwendig.

Es kommt ein anderer Punkt hinzu. Wir sind in der Bundesrepublik sehr weit, was das Denken und Wissen von Alternativen betrifft. Wenn es eine Lehre aus Tschernobyl gibt, dann die, dass wir Energieeffizienz und erneuerbare Energien in den Mittelpunkt stellen müssen, dies insbesondere auch gegenüber unseren Nachbarländern. Die Konservativen sagen doch ganz richtig, was hilft es, wenn wir aussteigen und in den Nachbarländern die Atomenergie weiterläuft. Ich würde es genau umkehren: Wenn die Bundesrepublik aussteigt, haben wir genügend Möglichkeiten, die positiven Alternativen in diesen Ländern selber mit zu zeigen und mit zu entwickeln.

Wir als IBB haben ein Projekt entwickelt, *Zukunftswerkstatt, Zentrum für erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Minsk*. Dies Gebäude soll auf dem Gelände der IBB entstehen, ganz real als ein Passivhaus gebaut werden, mit einer Ausstellung für erneuerbare Energien, so dass die Schulung, die Auseinandersetzung mit anderen Konzepten auch in Belarus kontinuierlich stattfindet. Dies ist zunächst auch unsere Antwort darauf, dass Herr Lukaschenko letzte Woche den Vertrag für ein neues Kraftwerk unterschrieben hat. Auch in Belarus ist die Alternative, sind Konzepte der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien möglich. Dies stellen wir in den Mittelpunkt.

Der vierte Punkt dieses Forderungskatalogs ist, dass das Leid der Menschen in der Auseinandersetzung um die Atomenergie auch in Deutschland sehr viel mehr beachtet werden muss, das Leid der Menschen in Tschernobyl, das Leid der Liquidatoren. Ich denke, heute sind wir einen Schritt weiter, heute können wir ganz real sagen, es gibt über alle Parteigrenzen hinweg ein Stück Offenheit, den neuen Weg der erneuerbaren Energien zu gehen.

Unsere Verantwortung als Initiativen ist es zu sagen: Lasst uns die Gespräche mit den Politikern noch weiter führen, so dass sie sagen, *dann steigen wir aus*. Viele, die in den Trägerkreisen der fünfzig Städte aktiv waren, die jetzt die Ausstellung tragen, haben

das Gespräch mit den Politikern vor Ort gesucht und sie zu den Ausstellungen eingeladen. Können wir es nicht heute einfach so machen, dass wir sie erneut aufsuchen und ganz konkret fragen, *bis zu welchem Datum bist du, Abgeordneter bei mir vor Ort, noch bereit, die Atomenergie mit zu tragen? Bis 2012? 2015? 2020? Wollt ihr das noch länger machen?* – Wirklich das Gespräch mit ihnen erneut suchen und sie auf Termine festnageln.

In der Friedensbewegung haben wir gelernt, der Friede ist zu wichtig, als dass wir ihn den Politikern überlassen könnten. Heute müssen wir auch sagen: Die Zukunft unserer Kinder ist uns zu wichtig, als dass wir die Energiepolitik den Politikern überlassen könnten. Mit euch haben wir genug geredet, mit den Politikern anderer Parteien sollten wir es noch intensiver tun, dann haben wir den Ausstieg in absehbarer Zeit. Und wenn wir in fünf Jahren wieder hier sind, haben wir möglicherweise keine Atomkraftwerke mehr in Deutschland. Vielen Dank.

### **Marco Bülow**

Das Angebot gilt. Ich hoffe, dass wir uns auf jeden Fall in fünf Jahren wieder sehen und dass wir dann zumindest die meisten abgeschaltet haben und es insgesamt in Europa einen Ausstieg gibt.

Wir eröffnen die Diskussion. Dazu würde ich gern zwei Zitate vorlesen, interessanterweise haben wir eins davon heute schon gehört. Aber ich will noch mal deutlich machen, wie weit die Vorstellungen dessen, was in Tschernobyl passiert ist, bei einigen Menschen immer noch auseinander gehen.

Es gibt einmal ein Zitat von Kofi Annan von 2000: "Tschernobyl ist ein Wort, das wir gern aus unseren Erinnerungen streichen würden, doch es gibt zwei zwingende Gründe, warum diese Tragödie nicht vergessen werden darf. Erstens, wenn wir Tschernobyl vergessen, erhöhen wir das Risiko weiterer solcher Technologie- und Umweltkatastrophen in der Zukunft." Leider hat er ja Recht behalten.

"Zweitens, mehr als sieben Millionen unserer Mitmenschen können sich den Luxus des Vergessens nicht erlauben. Sie leiden noch immer. Das Vermächtnis von Tschernobyl wird uns und unsere Nachkommen begleiten, und zwar für viele kommende Generationen."

Etwas vorher sagte Hans Blix, den wir gerade schon gehört haben, damals Direktor der Atombehörde: "Die Atomindustrie kann jedes Jahr eine Katastrophe wie Tschernobyl verkraften." Dieser Mensch ist - nicht nach dem Motto, die haben dazu gelernt und dieser Mensch existiert politisch nicht mehr – Berater einer unserer großen vier Atomkonzerne. Das zur Realität, die es immer noch gibt.

Ich glaube, die beiden Zitate zeigen, dass wir noch viel diskutieren müssen. Es wird auch nach Fukushima deutlich, dass es noch mehr Kraft aus der Zivilbevölkerung für die Initiativen geben muss, als Unterstützung für die Politik, damit wir das fortsetzen können.

Ich eröffne die Diskussion.

### **Roger Kreft**

Ich bin DGB-Vorsitzender in Gladbeck und Sprecher des Gladbecker Bündnisses für Courage. Ich habe sehr viele Kolleginnen und Kollegen mitgebracht. Ich möchte damit anfangen: *Wenn nicht jetzt, wann dann?* Vorbildfunktion: Da hinten sitzen Jugendliche, mit denen ich vorhin in der Pause auch gesprochen habe. Das sind mehrere Schulen aus Hagen. Das ist unsere Zukunftsgeneration.

Wir müssen das Thema Zerstörung der Menschheit massiv in die Gesellschaft hineinragen. Das fängt damit an, dass der Kultusminister zum Beispiel Tschernobyl und Fukushima zum Tagesthema macht, auch an Schulen. Ich nenne die Atomlobby *Menschenvernichter*. Man muss das ganz klar sagen. Ich komme aus dem Ruhrgebiet und da wird klare Kante gesprochen. Das muss man auch den Politikern sagen. Ich selbst bin Genosse, aber auch da ist in früheren Jahren das eine oder andere nicht so richtig gelaufen. Marco weiß, wovon ich spreche. Man muss mahnen, ob jetzt rot, schwarz, grün oder wie auch immer.

Die Jugend, die dort sitzt, hat sämtliche Möglichkeiten bei den Wahlen Politiker und die Lobby unter Druck zu setzen. Ich wünsche mir, weiteren Druck auszuüben, auf die Straße zu gehen, das zu diskutieren. Der Druck auf die Politiker muss massiv erhöht werden – egal, welche Partei. Bürgerliches Engagement, wunderbar, Peter, ganz toll, was in den letzten Jahren gemacht wurde, Hochachtung, aber die Atomlobby mit ihren Helfershelfern macht weiter. Wir engagieren uns an tausend Stellen und sie machen

trotzdem weiter. Der Druck muss massiv erhöht werden. Ich rufe hiermit auf, die Atomwirtschaft sofort zu beenden. Wir sind es den Menschen von Tschernobyl und Fukushima schuldig so zu handeln, auf die Straße zu gehen und dort die Schüler zu motivieren.

Ich weiß nicht, ob jemand von den Schülerinnen und Schülern bereit ist, hier auch ein paar Sätze zu sagen, welche Gefühle sie in den letzten Wochen hatten. Es ist sehr wichtig, dass das rüber getragen wird. Die Schülerinnen und Schüler brauchen uns als Vorbilder. Wenn wir nicht als Vorbilder fungieren, wer denn dann? Wir müssen die Schülerinnen und Schüler und die Jugend mitreißen. Dankeschön, Glück auf!

### **Wolfgang Wiemers**

Ich spare mir den vielen Dank für die SPD, die das hier organisiert hat, an Irina und an Peter. Das war eine tolle Erfahrung. Ich habe in Münster die Ausstellung mit einem großen Trägerkreis organisiert, ich komme aber nicht aus den Initiativen. Sie haben eben gefragt, was nach Tschernobyl war oder wo waren Sie bei Tschernobyl.

Ich habe damals einen etwas anderen Entschluss gefasst: Wir müssen raus aus der Kernenergie und müssen die Alternativen entwickeln. Darum arbeite ich seit 25 Jahren an dem, was man Energiewende nennt, was immer erstens Protest ist und zweitens konstruktives Arbeiten und Reden mit Politikern. Das machen wir auf städtischer Ebene. Ich möchte ein bisschen die Erfahrungen, die wir mit Politik und Politikern machen, von dieser Ebene auf die Bundesebene übertragen.

Erste Frage: Wie viele Abgeordnete sind eigentlich noch hier im Raum? Drei. Ich hatte mir eigentlich vorgestellt, hier wären auch Abgeordnete der anderen Parteien dabei. Das ist aber offensichtlich nicht der Fall. Das ist eine Erfahrung, die wir häufiger machen. Wir laden Politiker ein, wir wollen mit ihnen sprechen. Die Erfahrung ist folgende: Wenn ein Projekt vor Ort anliegt, Grüne und Linke kommen auf uns als Umweltverbände zu und fragen, *was haltet ihr davon, wie ist eure Erfahrung, wie ist es mit den Lebensgrundlagen, werden sie verletzt oder nicht.*

SPD – viele Freunde dabei, ich war selbst eine zeitlang in der rot-grünen Koalition tätig, wenn ich die Freunde anspreche, kommt auch eine ganze Handvoll, meistens die Ökos, ähnlich wie hier. Sie hören uns freundlich zu und sagen, *ja, das müssen wir aber*



*in der Partei diskutieren, und da gibt es ja viele andere Aspekte, nicht nur euren Umweltaspekt, da gibt es ja auch die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte, und das müssen wir alles in der Fraktion oder in der Partei diskutieren.*

Als ob wir als Umweltverbände nur Kröten über die Straße tragen. Wir haben inzwischen *auch* Konzepte, wir denken auch ökologisch, ökonomisch und sozial. Das heißt, das brauchen Sie mir nicht zu sagen. Wir sind inzwischen dazu übergegangen, mit den Ökos nur noch zu reden, wenn der Fraktionsvorsitzende auch kommt. Einfach aus der Erfahrung heraus, die setzen sich sonst hinterher nicht durch. Ich fürchte mal, dass es in der Bundestagsfraktion der SPD ähnlich geht.

Ich habe auf dem Weg hierher das letzte Kapitel im Buch von Hermann Scheer noch mal gelesen. Ich habe nicht das Gefühl, dass Hermann Scheer in den letzten 20 Jahren in seiner Partei das Echo gehabt hat, das er verdient. Die SPD hat hervorragende Vordenker. Das fängt mit Willy Brandt an, Nord-Süd-Kommission, dann haben wir Ernst Ulrich von Weizsäcker, 89/90, Erdpolitik. Da steht eigentlich alles schon drin, was wir machen müssen. Und die Bücher von Hermann Scheer kann man gar nicht zählen, die er in den letzten 20 Jahren geschrieben hat. Nur frage ich mich, wer liest das eigentlich innerhalb der SPD oder der SPD-Fraktion? Hört die SPD nicht lieber auf Leute wie Wolfgang Clement?

### **Marco Bülow**

Also Entschuldigung, es ist ja in Ordnung, Sie können auch gerne noch mal zu uns kommen und mit uns über die SPD diskutieren. Wir reden aber heute über Tschernobyl. Es gibt noch drei Wortmeldungen, aber ich sage auch gleich was zu Ihrem Beitrag, ich verstecke mich da gar nicht.

### **Wolfgang Wiemers**

Gut. Wenn wir *Atomausstieg sofort* fordern, dann steht das hier auch. Und dann steht da auch, dass wir das können und müssen. Ich erwarte einfach von dieser Partei, dass sie sich dafür konsequent einsetzt. In der Formulierung, *so schnell wie möglich*, sind schon wieder drei Hintertürchen drin, sorry.

### **Hans Wehmeier**

Ich komme von der deutsch-russischen Gesellschaft Lutherstadt Wittenberg, und

Arbeitskreis Belarus Bundesverband deutscher West-Ost-Gesellschaften. Etwas zum psychologischen Aspekt mit Belarus: Wir haben mit Wittenberg im Februar die dreizehnte Konferenz gehabt, zum Thema Versöhnung. Ein Grundtenor und Resümee war, Jugendbegegnung, Jugendtreffen, da brauchen wir das Wort Versöhnung nicht, das *ist* Versöhnung. Deshalb haben wir in Wittenberg nach Aufnahme der Tschernobylkinder vor 20, 22 Jahren, seit 18 Jahren *Jugendbegegnung In and Out*, in Wittenberg, in Mosyr und in Mogiljow zu den Themen und Workshops, Workcamps, Tanz, Musik, Geschichte, alternative Energien, Ökologie und Gott sei Dank bis heute und - ich hoffe - im Mai haben wir drei Workshops in Wittenberg, vom Bundesministerium für Jugend finanziert – allerdings nicht mehr die Stiftung West-Östliche Begegnung. Die setzen jetzt auf immer *neue* Projekte. Das finde ich falsch.

Dass wir Erfolge haben in Mogiljow und Mosyr, das ist Beständigkeit, wie bei allen Projekten hier. Wir können die Themen erneuern, wir können neue Schüler, neue Studenten hinzugewinnen. Aber die Partner, Kunstschule, Ökozentrum und so weiter, sollte man nicht wechseln.

Versöhnung ist auch mit Belarus verbunden, denn wir kommen ja auch zur älteren Bevölkerung - vor 70 Jahren Einmarsch. Tschernobylunglück, Stalin tobte in dem Land, Holocaust war in dieser Region. Und ich bin dankbar für die Förderung auch des Projektes in Mogiljew, *Grünes Dorf*. Jetzt haben wir auch den Tourismus in Lutherstadt Wittenberg, im vorigen Jahr die erste Gruppe. Studenten, Geologen, Geografen und Journalisten haben das grüne Dorf in Sachsen-Anhalt kennen gelernt und wir im Januar Belarus.

Allerdings ist es nicht immer so einfach mit manchen und manchem in Deutschland, wie wir auch heute gesehen haben. Wir wollen im Juli mit diesem Plakat zum Festival der Geistlichen Musik nach Mogiljew fahren und zum Stadtfest mit dem Landesgitarrenorchester. Anruf vom Kultusminister in Magdeburg vor zwei Monaten: *Wir dürfen den Namen Sachsen-Anhalt nicht verwenden, es ist eine Schande unseres Bundeslandes nach Weißrussland zu fahren. Zudem würden die Amerikaner beleidigt sein und nicht mehr zur Luther-Dekade nach Wittenberg kommen.*

Wir haben Gott sei Dank jetzt eine neue Regierung. Nicht nur der Regierungschef aus Wittenberg, auch Stephan Dorgerloh, Pfarrer und neuer Kultusminister, aber auch der

CDU-Abgeordnete Petzold hat gegen solchen Unsinn schon protestiert. Aber es gibt auch andere Unsinnigkeiten, das wissen Sie alle, in der Presse und der Politik, durch Unwissenheit.

Ich nenne noch mal das Stichwort von vorhin: auf Augenhöhe. Wir müssen im Umgang mit Russland und allen Nachbarn, Weißrussland, uns auf Augenhöhe und mit Fairness bewegen. Deshalb möchte ich alle aufrufen, hier wurden Partnerschaften genannt, uns zu unterstützen, den Bundesverband. Wir haben hier eine wunderbare Schiene über IBB und wir haben die Schiene der Partnerstädtekonferenzen. Das sind ungefähr 20 Partnerstädte.

Die nächste Tagung wollen wir in Frankfurt-Oder mit den Stiftungen vorbereiten und natürlich mit der Botschaft. Deshalb möchte ich der SPD mal etwas zum Nachdenken geben, meine wichtigste politische Botschaft als Student der Uni Halle, ich darf es den Jugendlichen sagen: (O-Ton: wurden Prüfungen angesetzt, dass kein Student, es wurden auch keine Fahrkarten verkauft, nach Erfurt fuhr, als Willy Brandt kam. Nicht die Hallstein-Doktrin, nicht Verbot und Einschränkung, das hat die DDR nur gestärkt, sondern wir müssen *reden* mit dem Botschafter, mit der Botschaft. )

Herr Genscher war in Minsk, auch Herr Westerwelle war in Minsk. Egal, was passiert, es gibt keine Alternative zu Gesprächen. Die müssen wir führen. Und ich bitte auch den Kommunen zu sagen, zu dieser Städte-Partnerkonferenz zu kommen, so wie Willy Brandt damals nach Erfurt gefahren ist. Die DDR war sicher nicht sein Traumland und Willi Stoph nicht sein Traumpartner. Vielen Dank.

**André Nowak** – Bundestagsfraktion Die Linke

Ich bin aus zwei Gründen sehr gern der Einladung gefolgt. Erstens, weil ich meine, dass wir wirklich parteiübergreifend für den sofortigen Atomausstieg kämpfen müssen und natürlich auch für den Schluss mit atomarer Rüstung. Zweitens gibt es auch eine große Hochachtung für die NGO, die seit vielen Jahren auf diesem Gebiet tätig sind.

Hier habe ich eine Bitte. Es gibt ein großes drittes Gebiet, was von atomarer Strahlung betroffen ist, Semipalatinsk in Kasachstan. Auch hier gibt es sehr viele Opfer, immer wieder neue, insofern ist unser Engagement auch für dieses Gebiet, für diese Menschen genauso gefragt. Danke.

### **Barbara Hövener**

Ich bin von der IPPNW und wollte noch mal aufgreifen, was der Vorredner gesagt hat, dass ich die Jugendlichen bitten möchte, dass einer eine kurze Stellungnahme macht, wie er sich jetzt fühlt. Es wäre doch ganz gut, wenn wir das noch mal nachfragen würden. Danke.

### **Marco Bülow**

Gut, dann nehme ich das auf. Es ist natürlich jetzt Gruppendruck. Ich weiß, dass Jugendliche so was nicht mögen, aber ich frage trotzdem. Es muss keiner, aber wenn jemand gerne was sagt? Da geht eine Hand hoch, wunderbar.

### **Schülerin aus Hagen**

Wir kommen alle aus Hagen, von verschiedenen Schulen, Gymnasien, Berufskollegs und Realschulen. Wir sind der Einladung gefolgt, weil wir uns in der letzten Zeit im Unterricht intensiv mit Fukushima und Tschernobyl auseinandergesetzt haben und dabei auch viel über regenerative Energien gesprochen haben. Da gab es viele unterschiedliche Ansichten, aber hauptsächlich, dass man zukunftsübergreifend auf regenerative Energien zurückgreifen sollte.

Ob sich das lohnen würde, ob wir das alles ersetzen könnten, wenn man die AKWs abschalten würde, da gingen die Meinungen sehr auseinander. Aber ich denke, dadurch, dass wir uns alle hier wieder finden, haben wir nur ein Ziel, und zwar, dass wir unsere zukünftigen Generationen und uns selbst schützen können, indem wir Vorarbeit leisten in Sachen Atomenergie, Atomkraft.

Teilweise waren hier Leute, die haben sehr viel geredet, sehr unterschiedlich, und auch immer wieder Abkürzungen von Organisationen benutzt, wo man vielleicht nicht genau wusste, worum es geht, da war schon ein bisschen schwierig. Aber es ist schön zu sehen, dass viele Leute, wo man denkt, die können nur reden, sich damit intensiv auseinandersetzen und was dafür machen, sich dafür einsetzen, da hinfahren und Strukturen wieder aufbauen, wo man denkt, die wären längst kaputt.

Ich gebe der zweiten Dame von links recht, die Rede hat mich sehr bewegt, und nicht nur mich, sondern auch die anderen, weil die so emotional war und auch gezeigt hat, dass wir es nicht vergessen sollen, sondern immer noch mittendrin sind. Auch wenn

wir davon nicht so viel mitbekommen, allein weil wir in Deutschland leben, es darf nicht in Vergessenheit geraten. Und ich finde es sehr wichtig, dass das immer so angesprochen wird, und auch, dass wir zu solchen Veranstaltungen eingeladen werden.

In Hagen im Ökotoxia waren Zeitzeugen, mit denen wir sprechen durften, und eine Ausstellung, das war sehr informativ. Ich hatte mich vorher nie mit Tschernobyl auseinandergesetzt. Ich hatte das gehört, okay, da war was, vier, fünf Jahre, bevor ich geboren bin. Ich habe mich nie dafür interessiert, aber seitdem ich da war, war ich auf Internetseiten, dann gab es bei Facebook Communities. Da ist das momentan ganz groß. Es sind überall Gruppen oder Organisationen, die das Internet für sich nutzen und so zu weltweiten Aufrufen kommen können.

Dadurch sind wir darauf aufmerksam geworden und haben das auch im Unterricht mit einbezogen, gerade auch durch diese aktuellen Ereignisse in Fukushima in Japan. Es ist genau dasselbe wie in Tschernobyl, dass alles unter Verschluss gehalten wird, keine Informationen kommen nach draußen, man erfährt nichts, nur, dass so und so viele Leute gestorben sind und wieder irgendein Nachbeben irgendwas in irgendeinem AKW bewirkt hat. Deswegen finde ich es so wichtig, dass wir hierzu eingeladen werden. Und ich glaube, nicht nur ich, sondern wir alle von allen Schulen finden es super, dass wir so miteinbezogen werden.

### **Marco Bülow**

Vielen Dank für den Mut, hier zu sprechen, überhaupt vielen Dank, dass ihr alle hierher gekommen seid, euch darüber informiert und weiter diskutiert. Es kann so enden, dass der eine oder andere von euch dann so wie ich irgendwann im Bundestag landet. Also überlegt es euch gut, vielleicht auch bei der einen oder anderen Initiative. Ich denke, beides wird helfen, diese Atomkraft endlich zu überwinden.

Jetzt würde ich gern den dreien hier vorn noch die Möglichkeit geben, auf das Publikum zu reagieren.

### **Lutz Brüggemann**

Frau Kollegin Claußen hatte ganz kurz die Genetik erwähnt. Ich möchte das noch mal in den Vordergrund stellen, was uns da in den nächsten Jahrzehnten und

Jahrhunderten erwartet. Punkt 1: Die Liquidatoren waren ja damals junge Leute, die haben jetzt geheiratet und Kinder gekriegt. Die Kinder der Liquidatoren haben genetische Schäden. Und so wird das weitergehen.

Punkt 2: AKW im Normalbetrieb, ich weiß nicht, ob es richtig rüber gekommen ist. Es gibt eine weltweite Studie, die von keinem Statistiker und keinem Fachmann bezweifelt wird, dass, je näher ein Kind an einem AKW im Normalbetrieb wohnt – wir sprechen heute von Fukushima und Tschernobyl im *Normalbetrieb* –, desto häufiger kriegt es Leukämie und Krebs. Gucken Sie es in der KiKK-Studie nach.

Und drittens: Was kann jeder von uns tun? Ich wette, dass noch nicht alle auf einen richtig guten Stromanbieter zugegangen sind.

### **Irina Gruschewaja**

Ich möchte mich anschließen. Heute müssen wir natürlich vor allem an die Zukunft denken. Unsere Kinder leben in die Zukunft hinein, schneller als wir. Wir sind mit den Jahren ein bisschen langsam geworden, vielleicht wegen der großen Belastung und der großen Last, die wir zu tragen haben. Aber alles, was wir tun können, ist, den jungen Menschen unsere Erkenntnisse mitzugeben, damit sie das Richtige in die Zukunft mitnehmen, was wir so schmerzhaft erlitten und erlebt haben.

Wir haben viele Zukunftswerkstätten in Belarus auf der Ebene der zivilen Gesellschaft aufgebaut, nicht gewollt von unserer Regierung, aber trotzdem kommen jedes Jahr 250 Jugendliche nach Minsk, um dort aus ihren betroffenen Gebieten über die Projekte, die sie machen zu erzählen, über die Gedanken, die sie beschäftigen, und nicht zuletzt, wie sie auf dem diplomatischen Parkett als NGO-Vertreter auftreten dürfen und sagen sollen, was sie zu sagen haben.

Das ist auch sehr wichtig, ich glaube, die Jugendlichen hier bekommen auch ein bisschen mit, dass es unterschiedliche Tänze und Schritte sind, wenn man mit der Diplomatie zu tun hat oder wenn man als bewegter Bürger irgendwo auf einer Kundgebung auftritt. Das muss man auch lernen, das gehört in jede Gesellschaft hinein.

Aber unversöhnlich muss man trotzdem immer bleiben, im Kern und im Inhalt der Diskussion: keine Gewalt, keine atomare Gewalt, keine physische Gewalt, keine

ökologische Gewalt. Das wollen wir in Namen des Friedens mitgeben. Am 22. April fahren wir von Minsk mit einer Gruppe von Jugendlichen und Veteranen der Bürgerbewegung nach Genf. Dort werden wir von der UNO zur Frage *Freie WHO* empfangen.

Wir verlangen, dass der Vertrag zwischen der internationalen Atomenergiebehörde und der Weltgesundheitsorganisation gestrichen wird. Es ist nicht mehr zu ertragen, dass diese zwei Organisationen so zusammen sind, dass wir nicht die Wahrheit über unsere Gesundheit erfahren können. Schließen Sie sich an. Wir haben zwar nur einen Bus, da gibt es vielleicht nur ein paar Plätze, aber man kann auch mit anderen Mitteln Genf erreichen. Wir sind am 26. April von der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder von Tschernobyl* und von der *Stiftung Kinder von Tschernobyl in Minsk* geführt und geleitet, da und ich hoffe, dass es auf gute Resonanz stoßen wird.

Ich erlaube mir ein Zitat, es ist sehr wichtig, besonders für die Jugendlichen, das sind die Worte des Journalisten Robert Jungk. Er hat genau für uns geschrieben, aber im Jahre 77. "Mit der technischen Nutzbarmachung der Kernspaltung wurde der Sprung in eine ganz neue Dimension der Gewalt gewagt. Zuerst richtete sie sich nur gegen militärische Gegner, heute gefährdet sie die eigenen Bürger. Die Gefährlichkeit der neuen Anlagen zwingt Behörden und Industrie zu einem bisher unbekanntem Grad von Absicherung. Schon jetzt wurden Grundrechte angetastet und bürgerliche Freiheiten missachtet, doch das ist erst der Beginn." Das wurde '77 gesagt. "Neue Methoden der Überprüfung der Überwachung, die bereits vorbereitet wurden, warten auf ihre Anwendung. Eine neue Tyrannei müsste die fast unvermeidliche Begleiterscheinung einer Hochleistungstechnik sein, deren Risiken dem unvollkommenen Menschen über den Kopf zu wachsen beginnen." Robert Jungk, "Der Atomstaat – Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit."

Ich empfehle allen noch einmal, dieses Buch in die Hand zu nehmen, um vielleicht ein bisschen mehr zu verstehen, was wir machen. 77 gab es keine Propheten im eigenen Land. Aber jetzt ist die letzte Zeit, wo wir alle zu Propheten werden müssen. Das ist alles, danke.

### **Peter Junge-Wentrup**

Ich möchte noch auf zwei Broschüren hinweisen, die ihr mitnehmen könnt. Einmal

haben wir die Projekte beschrieben. In dieser Broschüre haben wir Stimmen von Bürgern zusammengefasst und diese letzte Woche Freitag dem Bundestagspräsidenten übergeben. Wenn Sie noch weitere Stellungnahmen abgeben möchten, würden wir sie bei uns auf der Homepage mit veröffentlichen. Wir haben sicher gute Möglichkeiten, das an weitere Politiker weiterzugeben.

Ich komme zum zweiten Punkt, eine Frage an euch drei: Ist der Bundestag schon auf Ökostrom umgestiegen? Könnt ihr das bitte prüfen lassen?

**Einwurf Marco Bülow**      Das ganze Haus, ja.

Fantastisch. Können wir Frau Löhrmann bitten, dass alle Schulen in Nordrhein-Westfalen aufgefordert werden, auf Anbieter erneuerbarer Energien umzusteigen? Ich sage das deshalb: Wenn alle Einrichtungen der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen das machen, wenn alle Schulen das machen, das ist die Sprache, die die Energiekonzerne verstehen. Alles andere verstehen sie nicht. Deshalb ist mein Wunsch, überall wo wir sind, auf die Anbieter erneuerbarer Energien umzusteigen und dies als die Antwort der heutigen Zeit zu verstehen.

**Marco Bülow**

Vielen Dank. Ich muss jetzt auf den Kollegen antworten, weil wir als Abgeordnete ja direkt angesprochen wurden. Ich will ein bisschen was zur Wirklichkeit hier im Bundestag sagen. Es scheint für manche, dass wir uns gern in Biergärten vergnügen oder zuhause während der Sitzungswochen schlafen. Aber das ist nicht so. Gerade an einem Mittwoch finden parallel sehr viele Veranstaltungen statt, zum Beispiel auch Fragestunden im Bundestag, wo man hin muss, wenn es das eigene Fachgebiet ist.

Das heißt, wir haben für dreistündige Veranstaltungen so gut wie nie Zeit. Ich bin in der Woche, wenn ich Glück habe, mal zwei Stunden im Büro, um das Nötigste abzuklären, ansonsten immer auf Veranstaltungen, im Bundestag, im Plenum, in Arbeitsgruppensitzungen. Die meisten davon werden nicht im Fernsehen übertragen. So geht es natürlich auch meinen Kolleginnen und Kollegen. Am Anfang waren wir heute aber deutlich über zehn Abgeordnete, das finde ich schon eine ganze Ecke.

Ich glaube, man muss auch deutlich machen, dass wir das jetzt schon zum wiederholten Mal organisieren. Uta Zapf hat es schon zweimal organisiert, jetzt Oliver



Kaczmarek. Und wir machen das auch in der Diskussion. Wir hatten heute eine öffentliche Anhörung zu Tschernobyl. Auch da waren eine Menge Abgeordnete. Wir hatten letzte Woche eine Debatte, wo auch viele Abgeordnete waren. Heute Abend findet im Willy-Brandt-Haus eine Veranstaltung der SPD dazu statt, auch da sind mehrere SPD-Abgeordnete. Ich glaube, das muss man auch mal zur Kenntnis nehmen.

Und was Hermann Scheer angeht, kann ich nur sagen: Ich bin *auch* wegen Hermann Scheer zur SPD gekommen. Ich bin zur Politik gekommen wegen Tschernobyl, aber ich bin zur SPD gekommen wegen Hermann Scheer, wegen Ernst Ulrich von Weizsäcker und wegen Michael Müller, weil sie in der SPD immer eine bestimmte Linie vertreten haben. Davon gab es mehrere. Immerhin hat Hermann Scheer mit dafür gesorgt, und ich würde sogar sagen, mehr als die meisten Grünen, dass wir ein Gesetz zu erneuerbaren Energien bekommen haben. Ich glaube, das macht deutlich, dass er sich in der SPD mit vielen Positionen durchgesetzt hat.

Dass ich auch gerne hätte, dass das noch mehr wäre und dass auch sein letztes Buch von möglichst vielen gelesen wird, steht auf einem anderen Blatt. Ich will auch noch auf eine Broschüre vom IPPNW hinweisen, gerade auch für die jugendlichen Gäste, wo die Abkürzungen erklärt sind, wo aber auch noch mal steht, was die Auswirkungen von Tschernobyl waren. Da ist alles noch mal sehr gut dokumentiert.

Von der SPD-Bundestagsfraktion gibt es eine Broschüre zu "70 Argumenten gegen Atomkraft". Die haben wir übrigens vor Fukushima aufgelegt, aber sie ist genauso aktuell wie vorher. Und wir haben weitere Informationsmaterialien zu dem Thema Tschernobyl und zum Thema Atom. Die findet man auch auf der Internetseite der Bundestagsfraktion. Ich bedanke mich schon mal bei allen, aber das Schlusswort hat nicht der Dortmunder sondern der Hagener, der die Veranstaltung beenden wird.

### **René Röspel**

Danke Marco. Ich wette, dass mich am Wochenende Menschen ansprechen werden, warum ich am Mittwoch während der aktuellen Stunde zur Dieselbesteuerung nicht im Plenum war. Da haben sie mich nämlich nicht im Fernsehen gesehen. Dann werde ich sagen, ich war auf einer mindestens ebenso wichtigen Veranstaltung wie viele

Kolleginnen und Kollegen auch. Das ist das Dilemma, in dem Abgeordnete häufig stecken.

Als wir vor fünf Jahren in diesem Saal eine ähnliche Veranstaltung zu 20 Jahren Tschernobyl gemacht haben, war der sogar noch voller, und einige Gesichter von uns waren noch jünger. Es war aber nicht der Fall, dass wir so viele junge Menschen wie heute da hatten. Ich finde es wirklich Klasse, dass sich so viele Schülerinnen und Schüler auf den langen Weg hierhin gemacht habt. Ich finde, jetzt können die Alten auch mal den Jungen dafür danken, dass sie da waren.

Der Saal war vor fünf Jahren voll, aber die Resonanz insgesamt in der Öffentlichkeit und den Medien relativ gering, weil es damals sehr schwierig war, Menschen für das Thema Tschernobyl, Energiewende und Atomenergie zu interessieren, zu begeistern oder dazu aufzurufen, etwas zu machen.

Das hat sich geändert. Als wir uns vor einigen Wochen zusammengesetzt haben, um zu überlegen, wie wir den 25. Jahrestag von Tschernobyl begehen, auch wieder durch das IBB initiiert, und eine wirklich tolle Ausstellung machen, die ich im Januar in Hagen habe mit eröffnen können, hatten wir nicht ahnen können, dass wir durch diese fürchterlichen Ereignisse von Fukushima in der Thematik quasi überrollt werden und dass es eine neue Bedeutung bekommen würde.

Ich war letzten Samstag in einer Hagener Gesamtschule bei „Rock gegen Rechts“. Dort gibt es seit einigen Monaten eine Austauschschülerin aus Japan. 60 Kilometer entfernt von Fukushima lebt ihre Familie, glücklicherweise unbeschadet. Sie erzählte mir dann, dass sie hier in Deutschland mehr über Fukushima erfährt als ihre Familie in Japan. Da dachte ich: Welche Parallelitäten wieder! Nicht nur die schrecklichen Bilder, sondern auch die Informationspolitik da, wo ein solcher Unfall passiert.

Warum haben wir diese Veranstaltung heute gemacht? Erstens, um den 26. April und Tschernobyl nach wie vor als Tag der Mahnung zu verstehen und als Tag des Gedenkens, um an die Opfer von Tschernobyl zu denken, direkt damals und heute, viele Jahre danach, und auch an die kommenden Opfer, die es geben wird, und weil wir ausdrücklich daran erinnern wollen, wie gefährlich Atomenergie ist.

Eine persönliche Bemerkung sei mir erlaubt: Am 26. April 2002 ist meine Tochter geboren. Der 26. April ist auf der einen Seite ein Tag, mit Tschernobyl umgehen zu müssen, und auf der anderen Seite, mich sehr freuen zu können, dass meine Tochter da ist. Dann denke ich, ja, das ist vielleicht dieses Spannungsfeld und die Verantwortung für jeden von uns für die künftige Generation, wir für unsere Kinder, Ihr für eure noch nicht geborenen Kinder oder Enkel einzutreten. Wir wollen also am 26. April immer erinnern und mahnen.

Der zweite Grund ist, ausdrücklich den vielen Menschen und Initiativen Danke zu sagen, die sich seit 25 Jahren dafür einsetzen, dass diejenigen, die direkt betroffen sind, eine bessere Situation erfahren, dass ihnen geholfen wird, dass sie anderes erleben. Dank auch für die aktive Arbeit zur Völkerverständigung und Versöhnung. Die Bundestagsfraktion verneigt sich ausdrücklich vor dieser tollen Arbeit. Und wir hoffen, dass sie fortgesetzt wird und wollen auch unseren Teil dazu beitragen.

Der dritte Punkt, weshalb wir die Veranstaltung machen, ist Informationsaustausch. Ich habe vorhin fleißig mitgeschrieben. Dieses Vertragsverhältnis WHO und Internationale Atomenergiekommission haben wir schon in einem Papier aufgenommen, das erarbeitet wird. Wir wollen noch mal gucken, weil der Mai ja als Stichtag fiel, ob wir das nicht beschleunigt im Bundestag einbringen. Diese Information nehmen wir mit und nicht nur wir, jeder und jede ist aufgerufen, vor Ort seine Wahlkreisabgeordnete anzusprechen, wenn es Probleme gibt oder Fragen, egal welcher Couleur, was Kinder von Tschernobyl anbelangt oder Ähnliches, sie anzusprechen und darauf hinzuweisen, dass etwas getan werden muss.

Viertens machen wir die Veranstaltung auch, um, so vorsichtig das Politiker machen sollten, Versprechen abzugeben, nämlich zwei, das will ich ausdrücklich machen: Das erste Versprechen ist, dass wir uns alle, ich denke, wie in den letzten Jahren auch, weiterhin für die Menschen einsetzen werden. Wir werden uns dafür einsetzen, immer getrieben von IBB und den vielen anderen, dass das Förderprogramm Belarus weitergeführt wird. Ich finde die Idee mit der Geschichtswerkstatt Tschernobyl total interessant, wie ihr auch. Wir werden sehen, was wir dafür tun können. Und wir wollen immer unseren Beitrag dazu leisten, bei diesen kleinen Schwierigkeiten wie Visa-Problemen und allem anderen, was es immer wieder gibt, zu versuchen, als Abgeordnete und als Fraktion zu helfen, wo wir helfen können.

Beim zweiten Versprechen nehme ich etwas auf, was Peter Junge-Wentrup gesagt hat: Wenn du vor fünf Jahren gesagt hättest, seht mal zu, dass wir in fünf Jahren Atomkraftwerke abschalten, so wie du das vorhin gesagt hattest, und es wäre Rot-Grün dran geblieben, hätten wir die ersten zwei, drei, vier und fünf, die in diesem und im nächsten Jahr abgeschaltet sind, abgeschaltet, und zwar unwiederbringlich, unwiderruflich und ohne Entschädigungsleistung, und wir wären bei erneuerbaren Energien ein Stück weiter.

Das können wir so nicht versprechen. Wir werden uns dafür einsetzen, so schnell wie möglich raus zu gehen. Aber ich finde, ein Punkt ist auch wichtig, weil gesagt wurde, wir sind im Atomzeitalter, wir *müssen* raus. Wir werden immer im Atomzeitalter sein. Seit Otto Hahn 1938, übrigens zehn Kilometer entfernt von diesem Saal in Dahlem, die Kernspaltung entdeckt hat, wird diese Welt unwiderruflich im Atomzeitalter sein, weil es nicht mehr zu tilgen ist. Wir müssen nur zusehen, dass wir aus der Nutzung der Atomenergie rauskommen und in eine vernünftige Energieversorgung hinein. Das ist möglich.

Das ist das zweite Versprechen, das wir geben wollen, die Energiewende ist nicht nur nötig, sondern sie ist machbar. Und wir werden das schaffen, mit oder ohne diese Regierung, wenn wir alle an einem Strang ziehen. Das werden wir ausdrücklich hier versprechen. Das ist unsere Verantwortung gegenüber heute und künftig lebenden Menschen.

Ganz am Schluss bleibt mir noch Danke zu sagen an diejenigen, die sich bereiterklärt haben, auf dem Podium zu sitzen oder Fragen zu beantworten. Ganz herzlichen Dank, dass das möglich war. Dank an Sie alle, dass Sie den meistens ja weiten Weg auf sich genommen haben. Das ist der Applaus, der vom Podium kommt. Und Dank geht auch an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das alles ganz hervorragend nebenbei organisiert und die Veranstaltung ermöglicht haben. Auch euch, liebe Genossinnen und Genossen, stellvertretend Yeliz und Richard, ganz herzlichen Dank für eure Arbeit.

Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg, eine gute Heimreise, und kämpfen Sie weiter für eine gute Energieversorgung. Vielen Dank, tschüss.